



**Landesrechnungshof**  
*Niederösterreich*

**Stellungnahme zum Entwurf  
des Rechnungsabschlusses 2012**



## **Stellungnahme zum Entwurf des Rechnungsabschlusses 2012 Inhaltsverzeichnis**

Zusammenfassung	I
1. Vorbemerkungen	1
2. Rechtliche Grundlagen	1
3. NÖ Budgetprogramme	2
4. Kassenabschluss	4
5. Haushaltsrechnung	6
6. Rechnungsquerschnitt	27
7. Vermögensrechnung	35
8. Eventualverbindlichkeiten	51
9. Nachhaltigkeit	58
10. Abbildungsverzeichnis	59
11. Tabellenverzeichnis	60
12. Glossar	62



## **Stellungnahme zum Entwurf des Rechnungsabschlusses 2012 Zusammenfassung**

Der Landesrechnungshof nimmt wie folgt Stellung, ob der Entwurf des Rechnungsabschlusses 2012 im Einklang mit dem Voranschlag sowie den diesbezüglichen Beschlüssen des Landtags erfolgte.

### **Wertmäßige Vollständigkeit des Rechnungsabschlusses 2012**

Die Verrechnungskonten mit 31. Dezember 2012 waren ausgeglichen und die Abstimmung zwischen Kassenbestand, Kassenbericht und Kontenständen der Bankkonten ergab keine Abweichungen. Das zeigte eine vollständige wertmäßige Erfassung der Gebarung im Rechnungsjahr 2012 und damit eine daraus abzuleitende Vollständigkeit des Entwurfs des Rechnungsabschlusses 2012.

### **Haushaltsergebnis**

Der Entwurf des Rechnungsabschlusses 2012 wies bei einem Gebarungsvolumen von rund 8.101,1 Millionen Euro einen Brutto-Abgang von rund 135,6 Millionen Euro und nach Abzug der darin enthaltenen Darlehenstilgungen einen Netto-Überschuss von rund 101,9 Millionen Euro aus.

Der Brutto-Abgang war um rund 104 Millionen Euro höher als veranschlagt. Dies war im Wesentlichen auf vermehrte Ausgaben für den Erwerb von unbeweglichem und beweglichem Vermögen, zusätzliche Darlehenstilgungen und höhere Darlehensgewährungen an sonstige Unternehmen und Haushalte zurückzuführen. Der Netto-Überschuss war um rund 48 Millionen Euro niedriger als veranschlagt, weil um rund 56 Millionen Euro vermehrt Darlehen getilgt wurden als veranschlagt.

### **Stabilitätsbeiträge**

Niederösterreich hat sich im Rahmen des Österreichischen Stabilitätspakts 2012 verpflichtet, bestimmte Beiträge zur Erreichung der gesamtstaatlichen Maastricht-Ergebnisse zu erbringen.

Im Jahr 2012 galt für Niederösterreich ein maximales Maastricht-Defizit gemäß ESVG von 294 Millionen Euro. Das sind rund 17,5 Prozent des für alle Bundesländer vorgesehenen Defizits, welches noch um rund 105 Millionen Euro unterschritten werden konnte. Dazu trug der Landeshaushalt (ohne Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit) mit einem Maastricht-Defizit von rund 20,4 Millionen Euro bei.

Bei den Kennzahlen konnte die Quote der freien Finanzspitze verbessert werden, die Pro-Kopf-Verschuldung und die Eigenfinanzierungsquote blieben annähernd gleich. Die Quote des öffentlichen Sparens verschlechterte sich leicht um 1,1 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr.

### **Vermögensrechnung**

Die Erhöhung der Eigenkapitalquote im Rechnungsjahr 2012 war auf eine zusätzliche Wertberichtigung zurückzuführen. Um die Vermögenslage stabil zu halten, sind einerseits entsprechende Erträge sicherzustellen und andererseits die Entwicklung der Aufwendungen unter Berücksichtigung der bereits eingegangenen zukünftigen Verpflichtungen anzupassen.

Die periodengerechte Darstellung von Aufwendungen wurde ab dem Rechnungsjahr 2010 verbessert. Die einheitliche Bewertung von Vermögen, Verpflichtungen und Risiko ist Gegenstand der angestrebten Reform des Haushaltswesens der Länder.

### **Eventualverbindlichkeiten**

Die im Jahr 2012 nach Risikoklassen bewerteten Haftungen von 2.734,2 Millionen Euro lagen um rund 1.128,4 Millionen Euro unter der vom NÖ Landtag beschlossenen Haftungsobergrenze. Gegenüber dem Jahr 2011 verringerte sich die bewertete Gesamtrisikosumme um rund 135 Millionen Euro. Im Jahr 2012 standen den Ausgaben für schlagend gewordene Haftungen von rund 1,6 Millionen Euro Einnahmen aus Haftungsprovisionen von rund 5,8 Millionen Euro gegenüber.

### **Nachhaltigkeit**

Für nachhaltig stabile Finanzen muss die Entwicklung von Erträgen und Aufwendungen in Einklang gebracht und gehalten werden.

Nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2009 und 2010 wurde im Jahr 2011 schwerpunktmäßig durch Sondermaßnahmen (Verwertung von Wohnbauförderungsdarlehen und Genussrechtsforderungen) mit der Konsolidierung des Landeshaushalts begonnen.

Sondermaßnahmen, wie die Verwertung von Vermögen, können dabei unterstützen, nachhaltig kann die Konsolidierung jedoch nur über das strukturelle Ergebnis erfolgen. Dabei ist nicht nur der Landeshaushalt zu beachten, sondern auch die außerbudgetären Einheiten (Fonds, Gesellschaften), die dem Land NÖ zuzurechnen sind, einzubeziehen.

Im Rechnungsjahr 2012 setzte sich der Konsolidierungskurs im Rahmen des NÖ Budgetprogramms 2012 bis 2015 fort, wobei die Sondermaßnahmen bereits zurückgefahren wurden.

## 1. Vorbemerkungen

Der Landesrechnungshof kann gemäß Art 51 Abs 3b NÖ Landesverfassung 1979 (NÖ LV 1979) binnen vier Wochen eine Stellungnahme zum Entwurf des Rechnungsabschlusses abgeben, ob der Rechnungsabschluss im Einklang mit dem Voranschlag sowie den dazu vom NÖ Landtag im Voranschlagsbeschluss erteilten Aufträgen, Vorgaben und Ermächtigungen oder sonstigen voranschlagswirksamen Beschlüssen des NÖ Landtags erfolgte.

Der Landesrechnungshof analysierte dazu den Entwurf des Rechnungsabschlusses 2012 des Landes NÖ und bezog, um die Entwicklung darzustellen, auch die Rechnungsabschlüsse der Jahre 2010 und 2011 mit ein. Weiters zog er die Voranschläge 2010 bis 2013 und die NÖ Budgetprogramme 2010 bis 2013 und 2012 bis 2015 heran.

Außerdem überprüfte der Landesrechnungshof mit Stand vom 31. Dezember 2012 den Kassenabschluss, die Geldbestände und die im Rechnungsabschluss ausgewiesene Salden wie zum Beispiel Verbindlichkeiten oder Forderungen. Er überprüfte dabei die Plausibilität und stichprobenweise auf Grundlage von externen Belegen die Richtigkeit. Risikobezogen wurden die Bereiche mit starken Schwankungen berücksichtigt.

Der Landesrechnungshof wird sich im Rahmen von Gebarungsprüfungen weiterhin mit Themen des Haushaltswesens befassen.

**Der Landesrechnungshof weist ausdrücklich darauf hin, dass alle zum Rechnungsabschluss 2012 angeführten Daten auf dem Entwurf zu diesem basieren und die Werte in den Tabellen teilweise gerundet wurden.**

## 2. Rechtliche Grundlagen

Die wesentlichen rechtlichen Grundlagen für die Darstellung und Abwicklung des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses des Landes NÖ finden sich in

- der NÖ Landesverfassung 1979, LGBl 0001,
- der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung – VRV des Bundesministers für Finanzen, BGBl 1996/787,
- der vorläufigen Verrechnungs- und Zahlungsordnung des Landes NÖ (VVZO),
- im Österreichischen Stabilitätspakt 2011 und 2012,

- im NÖ Budgetprogramm 2010 bis 2013 und 2012 bis 2015 und
- in den Durchführungsrichtlinien zum Voranschlag und Rechnungsabschluss.

Auf Grund der Verordnung über die Geschäftsordnung der NÖ Landesregierung war im geprüften Zeitraum Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka für Finanzangelegenheiten einschließlich der Verwaltung des Landesvermögens zuständig.

Gemäß der Geschäftseinteilung des Amtes der NÖ Landesregierung nimmt die Aufgaben im Zusammenhang mit Finanzangelegenheiten einschließlich der Verwaltung des Landesvermögens die Abteilung Finanzen F1 wahr.

### 3. NÖ Budgetprogramme

Seit dem Jahr 1995 wurden dem NÖ Landtag regelmäßig Budgetprogramme vorgelegt, die jeweils die geplante Entwicklung des Landeshaushalts für die nächsten drei bis fünf Jahre aufzeigten.

Die Basis für die NÖ Budgetprogramme bildeten im Wesentlichen die Vorgaben der Europäischen Union, des Österreichischen Stabilitätspakts, des Finanzausgleichs sowie die wirtschaftliche Entwicklung und die Bevölkerungsentwicklung Österreichs auf der Grundlage von kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsprognosen.

#### NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015

Das NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015 beruhte auf dem Österreichischen Stabilitätspakt 2011 sowie einer Studie des Instituts für höhere Studien zur mittelfristigen Entwicklung des Landeshaushalts und ersetzte das NÖ Budgetprogramm 2010 bis 2013.

Der Österreichische Stabilitätspakt 2011 trat rückwirkend mit 1. Jänner 2011 in Kraft und sah im Wesentlichen folgende neue Regelungen vor:

- Neudefinition der Stabilitätsbeiträge von Bund, Ländern und Gemeinden
- Verschärfung der Sanktionsfolgen bei Zielverfehlungen
- keine durchschnittliche Betrachtung der Zielerreichung, sondern Fokussierung auf das jeweilige Haushaltsjahr
- Verbesserung der inhaltlichen Haushaltskoordinierung und mittelfristigen Ausrichtung der Haushaltsführung (dabei sind das vergangene Jahr, das laufende Jahr und die drei folgenden Jahre einzubeziehen)



- autonome Schaffung verbindlicher Haftungsobergrenzen für Bund und Länder
- Transparenz über die Haushaltsführung durch Publikation wesentlicher Informationen zur Haushaltskoordination
- „Rendez-vous-Klausel“ bei Änderung von EU-rechtlichen Vorgaben

Das NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015 wurde am 26. Jänner 2012 im NÖ Landtag mit folgenden **Zielsetzungen** beschlossen:

- Senkung der administrativen Abgänge um jährlich rund 50 Millionen Euro
- jährliche Reduzierung des Schuldenstands um rund 150 Millionen Euro
- Einhaltung der Verpflichtungen des Österreichischen Stabilitätspakts 2011

Zur Erreichung dieser Ziele wurde vorgesehen, dass zum Beispiel die Ausgaben nicht stärker steigen dürfen als die Einnahmen, die reinen Ermessensausgaben gleichgehalten bzw. reduziert werden, die Trägeranteile für die NÖ Landeskliniken sinken, Schulden vorzeitig getilgt und Neuverschuldungen vermieden werden. Diese Vorgaben erforderten steuernde ausgaben- und einnahmenseitige Maßnahmen wie die 25prozentige Ausgabenbindung bei Ermessensausgaben, die Festlegung von Ausgaberrahmen und die Zuführung von Einnahmen aus Veranlagungen.

Im Jahr 2012 ergab die Umsetzung dieser Vorgaben folgendes Ergebnis:

**Tabelle 1: Entwicklung laut NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015**

Entwicklung laut NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015 in Millionen Euro				
	2012	2013	2014	2015
	lt. VA	lt. Budgetprogramm		
Ausgaben	7.756,4	7.886,9	8.259,2	8.762,0
Einnahmen	7.725,2	7.761,5	7.933,7	8.386,3
<b>Brutto-Abgang</b>	<b>31,2</b>	<b>125,4</b>	<b>325,5</b>	<b>375,7</b>
davon Tilgungen	181,2	275,4	475,5	525,7
<b>Netto-Überschuss</b>	<b>150,0</b>	<b>150,0</b>	<b>150,0</b>	<b>150,0</b>
	lt. RA	lt. VA		
<b>Netto-Überschuss</b>	<b>101,9</b>	<b>150,0</b>		

Auf den überwiegend auf Sondermaßnahmen zurückzuführenden Netto-Überschuss 2011 von rund 579,4 Millionen Euro folgte ein Netto-Überschuss 2012 von rund 101,9 Millionen Euro.

Der Österreichische Stabilitätspakt 2011 sowie der rückwirkend mit 1. Jänner 2012 in Kraft getretene Österreichische Stabilitätspakt 2012 sahen eine rollierende Anpassung der mittelfristigen Orientierung der Haushaltsführung vor. Demnach wird im Jahr 2013 auf Basis des Österreichischen Stabilitätspakts 2012 und unter Berücksichtigung aktueller mittelfristiger Wirtschaftsprognosen ein neues NÖ Budgetprogramm für den Zeitraum 2013 bis 2016 erstellt werden. Das NÖ Budgetprogramm 2013 bis 2016 soll an den Stabilitätszielen des NÖ Budgetprogramms 2012 bis 2015 festhalten.

**Der Landesrechnungshof hält die vorgesehene rollierende Anpassung der Budgetprogramme zur Erreichung der Stabilitätsziele für zweckmäßig.**

## 4. Kassenabschluss

Der Landesrechnungshof überprüfte den Kassenabschluss und die Geldbestände des Landes NÖ mit Stand vom 31. Dezember 2012. Dabei wurde insbesondere darauf geachtet, ob alle relevanten Verrechnungskonten (Einnahmen und Ausgaben) ausgeglichen waren und die im Nachweis „Geldbestand“ ausgewiesenen Kontostände mit dem Ergebnis des Kassenabschlusses übereinstimmten.

Weiters wurden die Kontostände mit dem Kassenbericht der Abteilung Finanzen F1, Landesbuchhaltung-Zahlungsverkehr, abgestimmt. Dieser Kassenbericht wurde mit einem IT-Programm, das direkt auf die Datenbanken der Kreditinstitute zugriff, erstellt. Zusätzlich wurde der Kassenabschluss stichprobenartig mit den dazugehörigen Bankauszügen verglichen.

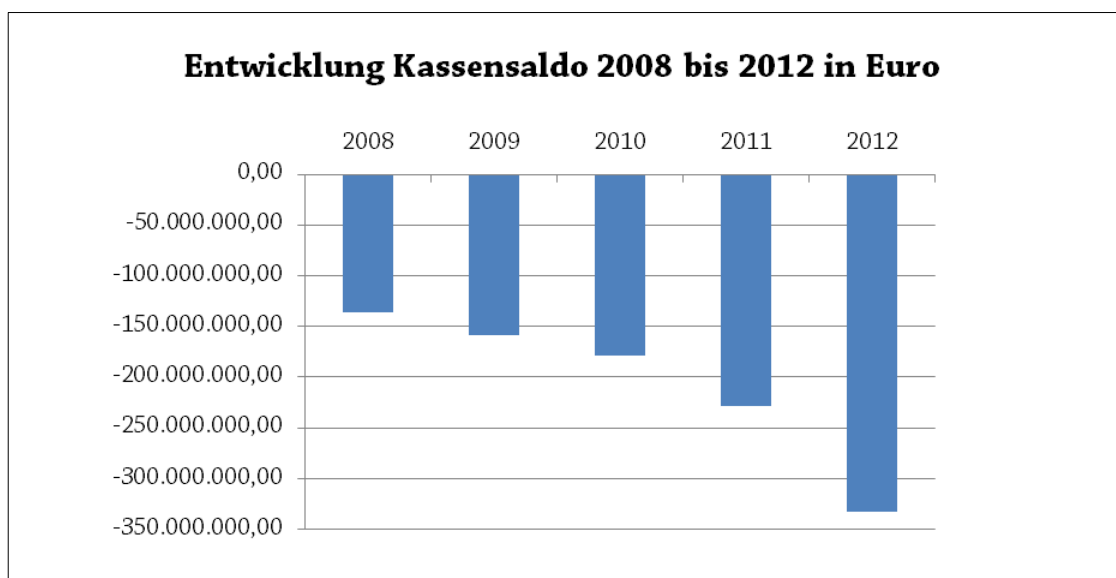
**Da alle relevanten Verrechnungskonten ausgeglichen waren und sich bei der Abstimmung zwischen Kassenbestand und Kontenständen keine Abweichungen ergaben, kann von einer vollständigen wertmäßigen Erfassung der Gebarung und der daraus abzuleitenden Vollständigkeit des Rechnungsabschlusses ausgegangen werden.**

Der Kassensaldo entwickelte sich wie folgt:

**Tabelle 2: Kassensaldo 2008 bis 2012**

Kassensaldo 2008 bis 2012 mit 31.12.				
2008	2009	2010	2011	2012
- 136.010.543	- 158.966.299	- 179.077.566	- 228.004.441	- 332.375.150

Die Entwicklung des Kassensaldos stellt sich grafisch wie folgt dar:

**Abbildung 1: Entwicklung Kassensaldo 2008 bis 2012**

Der Kassensaldo schwankte abhängig von den jeweiligen geldmäßigen Ausgaben und Einnahmen innerhalb eines Rechnungsjahres mit jedem Banktag. Die Salden mit Stichtag 31. Dezember zeigten in den letzten Jahren einen kontinuierlichen Anstieg. Dies war darauf zurückzuführen, dass auf Grund der sehr günstigen Zinssituation für die Aufnahme von kurzfristigen liquiden Mitteln (Barvorlagen) und der geringen Zinsen für kurzfristige Veranlagungen verstärkt kurzfristige Zwischenfinanzierungen in Anspruch genommen wurden. Außerdem wirkte sich die teilweise vorläufige Finanzierung von Investitionen in NÖ Landeskliniken über Vorschüsse aus, wobei zwei im Jahr 2012 vorgesehene Vergaben bei Leasingausschreibungen nicht mehr erfolgen konnten und sich dadurch eine kurzfristige Belastung von rund 72,4 Millionen Euro ergab.

## 5. Haushaltsrechnung

Die Haushaltsrechnung umfasst die gesamten innerhalb eines Rechnungsjahres angefallenen voranschlagswirksamen Einnahmen und Ausgaben des Landes NÖ und wird nach der Gliederung des Voranschlags erstellt.

### 5.1 Gebarungsvolumen

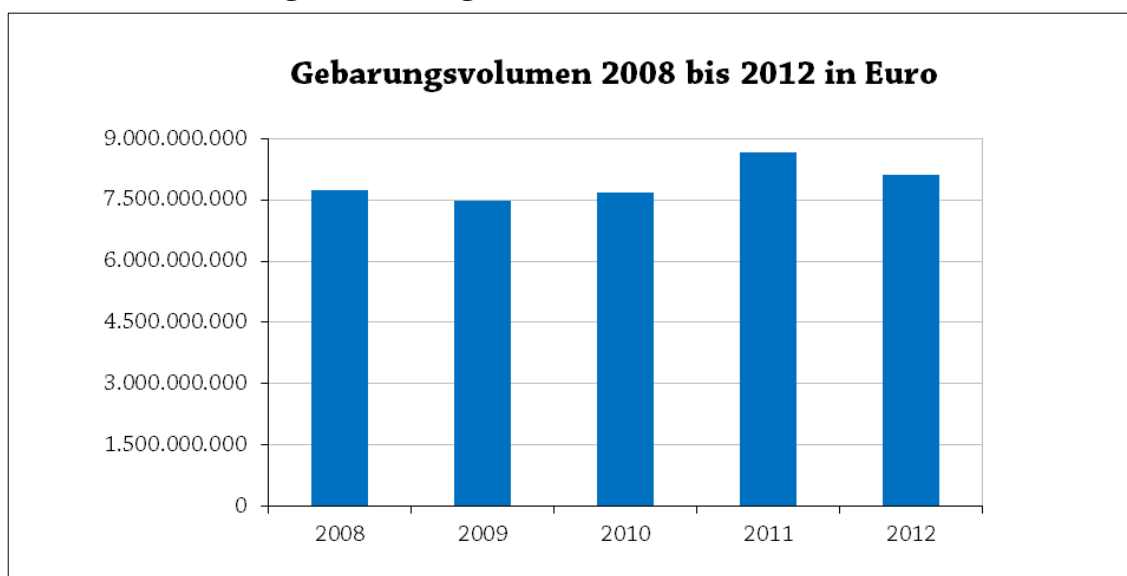
Das Gebarungsvolumen des Landes NÖ hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

**Tabelle 3: Gebarungsvolumen 2008 bis 2012**

Gebarungsvolumen 2008 bis 2012				
2008	2009	2010	2011	2012
7.747.538.627	7.472.533.397	7.678.745.725	8.655.958.497	8.101.123.769

Grafisch stellt sich diese Entwicklung wie folgt dar:

**Abbildung 2: Gebarungsvolumen 2008 bis 2012**



Die Schwankungen des Gebarungsvolumens waren im Wesentlichen geprägt von der Höhe der Darlehenstilgungen in den einzelnen Rechnungsjahren. Während sich das Gebarungsvolumen in den Jahren 2008 bis 2010 nur leicht

veränderte, kam es im Rechnungsjahr 2011 vor allem durch die Verwertung von Forderungen und der damit finanzierten vermehrten Tilgung von Finanzschulden zu einem starken Anstieg von rund einer Milliarde Euro.

Im Rechnungsjahr 2012 ging das Gebarungsvolumen gegenüber dem Vorjahr zwar zurück, blieb jedoch in Folge einer verstärkten Schuldentilgung und der Teilverwertung von Genussrechten über den Werten der Jahre 2008 bis 2010.

## 5.2 Entwicklung Haushaltsergebnis

Ein Vergleich zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss über die letzten drei Rechnungsjahre zeigte folgendes Bild:

**Tabelle 4: Vergleich Rechnungsabschluss/Voranschlag 2010 bis 2012**

Vergleich Rechnungsabschluss/Voranschlag 2010 bis 2012 in Millionen Euro						
	2010		2011		2012	
	RA	VA	RA	VA	RA	VA
Einnahmen	7.040,7	6.783,0	8.208,1	6.923,7	7.965,5	7.725,2
Ausgaben	7.678,7	7.329,0	8.656,0	7.500,3	8.101,1	7.756,4
<b>Brutto-Abgang</b>	<b>638,0</b>	<b>546,0</b>	<b>447,9</b>	<b>576,6</b>	<b>135,6</b>	<b>31,2</b>
davon Schuldentilgung	79,0	51,5	1.027,3	286,9	237,5	181,2
<b>Netto-Abgang/Überschuss</b>	<b>- 559,0</b>	<b>- 494,5</b>	<b>+ 579,4</b>	<b>- 289,7</b>	<b>+ 101,9</b>	<b>+ 150,0</b>

Der Rechnungsabschluss wich in jedem Rechnungsjahr sowohl ausgaben- als auch einnahmenseitig vom Voranschlag ab.

Im Rechnungsjahr 2011 ließen sich die Abweichungen (Mehreinnahmen 18,6 Prozent, Mehrausgaben 15,4 Prozent) im Wesentlichen auf die nicht veranschlagte Verwertung von Forderungen und der daraus finanzierten vermehrten Tilgung von Finanzschulden zurückführen. Im Rechnungsjahr 2012 betragen die Mehreinnahmen 3,1 Prozent und die Mehrausgaben 4,4 Prozent gegenüber dem Voranschlag und entsprachen dem Niveau des Rechnungsjahres 2010.

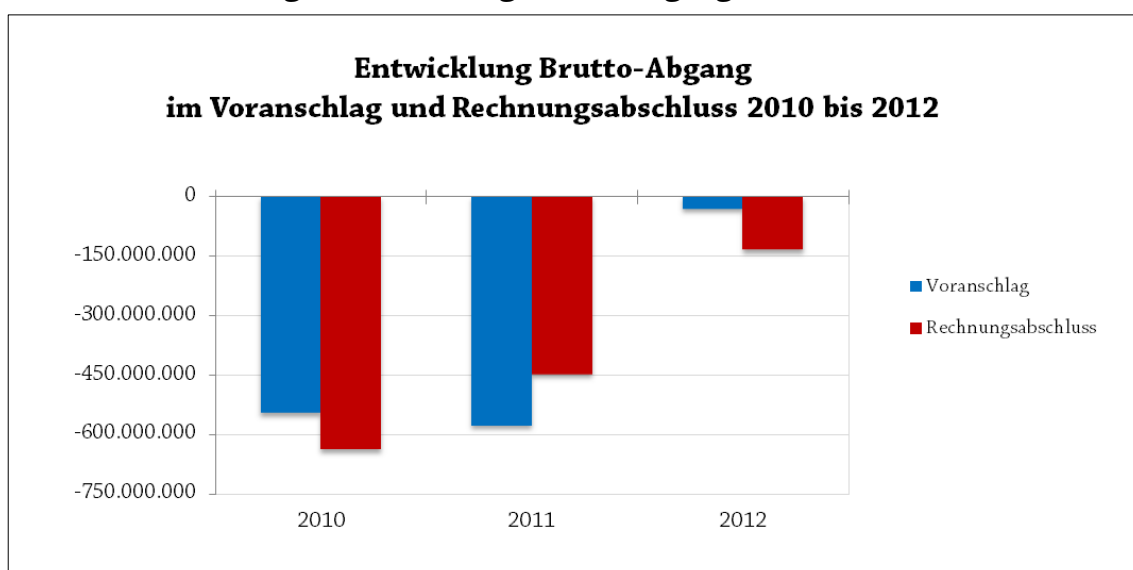
Die Ergebnisse der Haushaltsrechnung entwickelten sich wie folgt:

**Tabelle 5: Ergebnisentwicklung 2010 bis 2012**

Ergebnisentwicklung 2010 bis 2012						
	2010		2011		2012	
	RA	VA	RA	VA	RA	VA
Brutto-Abgang	638.024.064	546.021.700	447.892.060	576.621.000	135.616.628	31.159.500
Netto- Abgang/Überschuss	-558.998.834	-494.470.200	+579.452.733	-289.699.900	+101.876.980	+150.000.000

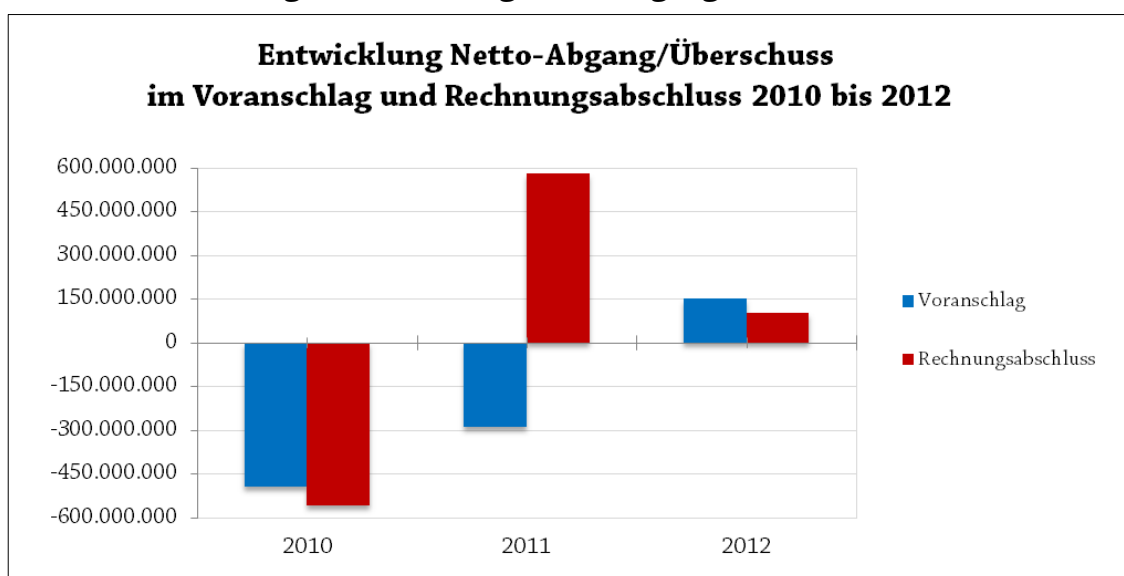
Die Entwicklung des Brutto-Ergebnisses bildet sich grafisch wie folgt ab:

**Abbildung 3: Entwicklung Brutto-Abgang 2010 bis 2012**



Die Entwicklung des Netto-Ergebnisses bildet sich grafisch wie folgt ab:

**Abbildung 4: Entwicklung Netto-Abgang/Überschuss 2010 bis 2012**



Im Rechnungsjahr 2010 lagen sowohl der Brutto- als auch der Netto-Abgang über den veranschlagten Werten. Durch eine Verbesserung des Ergebnisses der laufenden Gebarung konnte im Rechnungsjahr 2011 der Brutto-Abgang gegenüber der Veranschlagung niedriger gehalten und durch eine höhere Schuldentilgung als veranschlagt ein Netto-Überschuss erzielt werden.

Im Rechnungsjahr 2012 ergab sich trotz einer Verbesserung des laufenden Ergebnisses im Rechnungsquerschnitt um rund 62 Millionen Euro ein um rund 104 Millionen Euro höherer Brutto-Abgang als veranschlagt. Dies war hauptsächlich auf vermehrte Ausgaben für den Erwerb von unbeweglichem und beweglichem Vermögen, vermehrte Darlehenstilgungen sowie auf höhere Darlehensgewährungen an sonstige Unternehmen und Haushalte zurückzuführen. Zur Bedeckung des höheren Brutto-Abgangs mussten zum Haushaltsausgleich vermehrt „Innere Anleihen“ beansprucht werden. Mit einem Teil davon wurde eine um 56 Millionen Euro höhere Schuldentilgung als veranschlagt finanziert, sodass der Netto-Überschuss nur um rund 48 Millionen Euro unter dem Voranschlag lag.

### Erläuterungen

Die Abweichungen der Ausgaben und Einnahmen vom Voranschlag mussten auf Grund der Vorgaben der VRV und der Richtlinien zum Rechnungsabschluss von den jeweiligen kreditverwaltenden Abteilungen begründet werden. Diese wurden in den Erläuterungen zum Rechnungsabschluss zusammengefasst.

Der Landesrechnungshof hat in seinem Bericht 11/2012, Wahrnehmungen zum Landeshaushalt, angeregt, die wesentlichen Abweichungen gegenüber dem Voranschlag in den Erläuterungen zum Rechnungsabschluss auch sachlich zu begründen.

**Diese Anregung wurde von der NÖ Landesregierung im Rechnungsabschluss 2012 berücksichtigt.**

**So wurde in den Richtlinien zum Rechnungsabschluss 2012 festgehalten, die Abweichungen sachlich besser zu begründen. Bei der Erstellung der Erläuterungen durch die Landesbuchhaltung wurden auf Grundlage von entsprechenden Nacherhebungen Ergänzungen durchgeführt. Durch die Vorgabe von Musterinhalten für die kreditverwaltenden Abteilungen sollen in zukünftigen Rechnungsabschlüssen weitere Verbesserungen herbeigeführt werden.**

### 5.3 Entwicklung Ausgaben

Die Ausgaben des Landes NÖ zeigten in den Rechnungsjahren 2010 bis 2012 folgende Entwicklung:

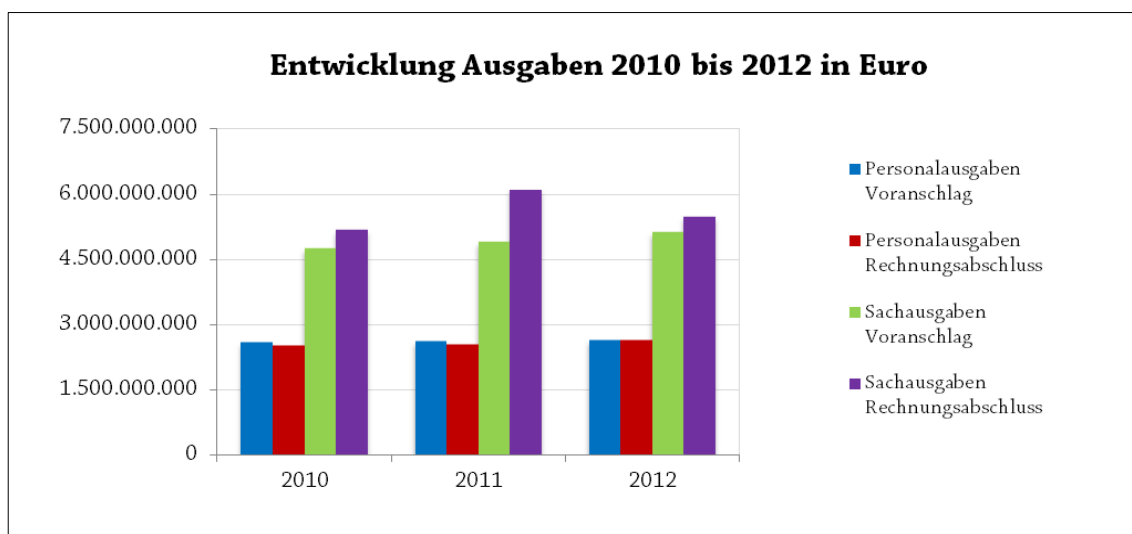
**Tabelle 6: Vergleich Rechnungsabschluss/Voranschlag 2010 bis 2012**

Vergleich Rechnungsabschluss/Voranschlag 2010 bis 2012						
	2010		2011		2012	
	RA	VA	RA	VA	RA	VA
Personalausgaben	2.503.694.622	2.579.574.000	2.542.088.129	2.603.450.700	2.625.295.872	2.632.701.300
Sachausgaben	5.175.051.103	4.749.481.800	6.113.870.368	4.896.847.500	5.475.827.897	5.123.693.400
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>7.678.745.725</b>	<b>7.329.055.800</b>	<b>8.655.958.497</b>	<b>7.500.298.200</b>	<b>8.101.123.769</b>	<b>7.756.394.700</b>



Die Entwicklung der Ausgaben bildet sich grafisch wie folgt ab:

**Abbildung 5: Entwicklung Ausgaben 2010 bis 2012**



Ein Vergleich der veranschlagten Gesamtausgaben mit dem Rechnungsabschluss zeigte in allen drei Rechnungsjahren Mehrausgaben (+ 4,8 Prozent im Jahr 2010, + 15,4 Prozent im Jahr 2011 und + 4,4 Prozent im Jahr 2012).

Während sich bei den Personalausgaben im Zeitraum 2010 bis 2012 nur geringfügige Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss ergaben, kam es im Rechnungsjahr 2011 bei den Sachausgaben bedingt durch die nicht veranschlagte höhere Schuldentilgung zu einem Anstieg von 24,9 Prozent. Nach dem Ausnahmejahr 2011 war die Abweichung zum Voranschlag bei den Sachausgaben im Rechnungsjahr 2012 auf dem Niveau der Vorjahre. Auch das Verhältnis der Personalausgaben zu den Sachausgaben lag mit rund einem Drittel zu zwei Drittel auf dem Wert des Rechnungsjahres 2010.

### 5.3.1 Personalausgaben

#### Vergleich Voranschlag/Rechnungsabschluss

In den Rechnungsjahren 2010 und 2011 wurden die Voranschlagsbeträge für Personalausgaben um 2,9 Prozent bzw. 2,4 Prozent unterschritten. Diese Minderausgaben ergaben sich hauptsächlich in den NÖ Landeskliniken, den NÖ Landespflegeheimen, den NÖ Landesjugendheimen, dem NÖ Straßendienst sowie bei den Landeslehrern. Im Rechnungsjahr 2012 stimmten die

Ausgaben laut Rechnungsabschluss nahezu mit dem veranschlagten Wert überein.

### Entwicklung Rechnungsabschluss

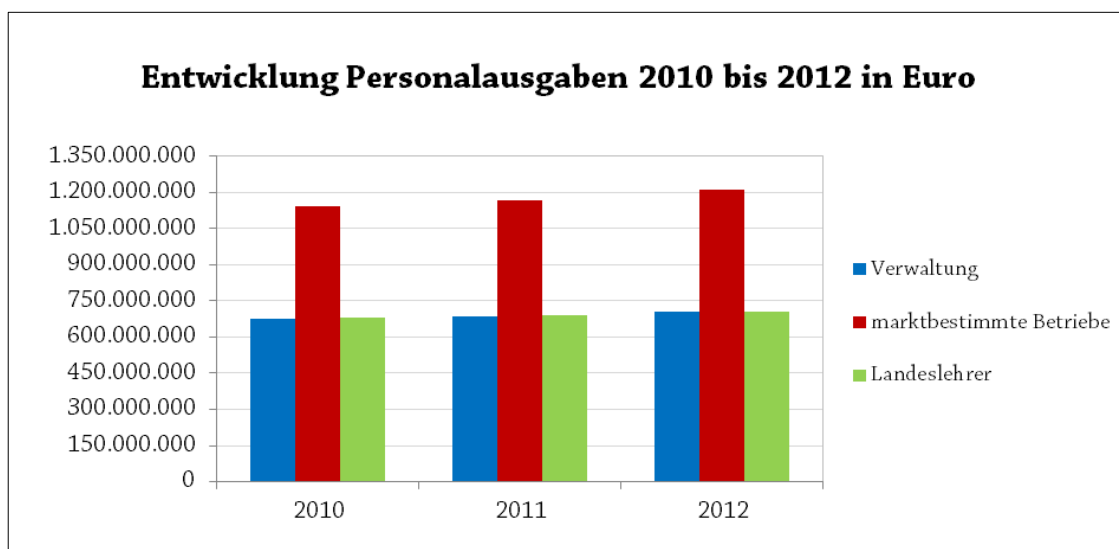
Die nachfolgende Tabelle stellt die Personalausgaben der Rechnungsabschlüsse 2010 bis 2012 untergliedert in die Bereiche Verwaltung, marktbestimmte Betriebe und Landeslehrer dar:

**Tabelle 7: Entwicklung Personalausgaben 2010 bis 2012**

Entwicklung Personalausgaben 2010 bis 2012						
	2010		2011		2012	
Verwaltung	675.820.982	27,0%	685.228.676	27,0%	704.170.377	26,8%
marktbestimmte Betriebe	1.145.490.464	45,7%	1.167.581.614	45,9%	1.214.006.854	46,3%
Landeslehrer	682.383.176	27,3%	689.277.839	27,1%	707.118.641	26,9%
<b>Personalausgaben</b>	<b>2.503.694.622</b>	<b>100,0%</b>	<b>2.542.088.129</b>	<b>100,0%</b>	<b>2.625.295.872</b>	<b>100,0%</b>

Die Entwicklung der Personalausgaben bildet sich grafisch wie folgt ab:

**Abbildung 6: Entwicklung Personalausgaben 2010 bis 2012**



Insgesamt stiegen die Personalausgaben des Landes NÖ im Zeitraum 2010 bis 2012 um rund 121,6 Millionen Euro bzw. 4,9 Prozent (Verwaltung + 4,2 Prozent, marktbestimmte Betriebe + 6,0 Prozent, Landeslehrer + 3,6 Prozent). Die Steigerungen waren im Wesentlichen auf allgemeine Gehaltserhöhungen (2011 durchschnittlich rund 1,1 Prozent, ab Februar 2012 durchschnittlich rund 3,0 Prozent), Strukturkosten auf Grund besoldungsrechtlicher Vorgaben sowie auf eine Personalaufstockung (ohne Landeslehrer) um 439,5 systemisierte Dienstposten (überwiegenden bei Kindergärten, NÖ Landeskliniken und NÖ Landespflegeheimen) zurückzuführen.

Bei der prozentuellen Aufteilung der einzelnen Bereiche war in den letzten drei Jahren eine leichte Verschiebung von der Verwaltung und den Landeslehrern zu den marktbestimmten Betrieben mit einem Anteil von rund 46 Prozent zu erkennen. In diesem Bereich erfolgte im Wesentlichen die Verrechnung der Personalausgaben der Bediensteten in den NÖ Landeskliniken sowie in den NÖ Landespflegeheimen.

Der Landesrechnungshof stellte fest, dass in den Vorjahren im „Bericht und Antrag zum Rechnungsabschluss des Landes Niederösterreich“ die Personalausgaben für die Land- und Forstwirtschaftlichen Betriebe nicht dem Bereich der marktbestimmten Betriebe, sondern irrtümlicherweise dem Bereich der Verwaltung zugerechnet wurden.

**Im Rechnungsabschluss 2012 wurde die Darstellung berichtigt.**

### 5.3.2 Sachausgaben

#### Vergleich Voranschlag/Rechnungsabschluss

Die Sachausgaben laut Rechnungsabschluss lagen in allen drei Rechnungsjahren über den veranschlagten Werten (+ 9,0 Prozent im Jahr 2010, + 24,9 Prozent im Jahr 2011 und + 6,9 Prozent im Jahr 2012). Die deutlichen Mehrausgaben im Rechnungsjahr 2011 entfielen vor allem auf die höhere nicht veranschlagte Tilgung von Finanzschulden. Im Rechnungsjahr 2012 waren die Überschreitungen im Wesentlichen auf höhere Überrechnungen von Tilgungszuschüssen für marktbestimmte Betriebe (Investitionszuschüsse für NÖ Landeskliniken und NÖ Landespflegeheime), die höhere Tilgung von Darlehen sowie auf höhere Ausgaben in den Bereichen Wohnbauförderung, Nahverkehr und NÖ Landeskliniken zurückzuführen.

### Entwicklung Rechnungsabschluss

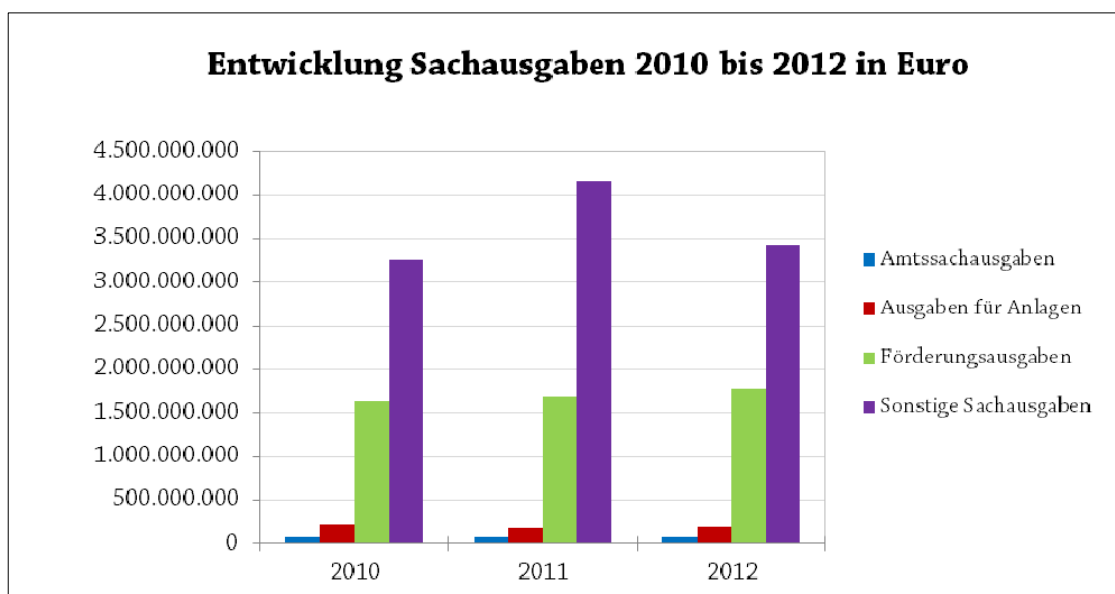
Im Detail entwickelten sich die Sachausgaben des Landes NÖ laut den Rechnungsabschlüssen 2010 bis 2012 folgendermaßen:

**Tabelle 8: Entwicklung Sachausgaben 2010 bis 2012**

Entwicklung Sachausgaben 2010 bis 2012						
	2010		2011		2012	
Amtssachausgaben	76.309.158	1,5%	72.310.447	1,2%	76.875.000	1,4%
Ausgaben für Anlagen	219.477.640	4,2%	188.099.755	3,1%	193.925.432	3,5%
Förderungsausgaben	1.631.683.124	31,5%	1.682.509.489	27,5%	1.778.151.325	32,5%
Sonstige Sachausgaben	3.247.581.181	62,8%	4.170.950.677	68,2%	3.426.876.140	62,6%
<b>Sachausgaben</b>	<b>5.175.051.103</b>	<b>100,0%</b>	<b>6.113.870.368</b>	<b>100,0%</b>	<b>5.475.827.897</b>	<b>100,0%</b>

Die Entwicklung der Sachausgaben bildet sich grafisch wie folgt ab:

**Abbildung 7: Entwicklung Sachausgaben 2010 bis 2012**



Die Sachausgaben des Landes NÖ unterlagen in den Rechnungsjahren 2010 bis 2012 starken Schwankungen. Ausschlaggebend dafür waren im Wesentlichen die vermehrte Tilgung von Finanzschulden und höhere Investitions- und Tilgungszuschüsse an marktbestimmte Betriebe im Rahmen der „Sonstigen Sachausgaben“ im Rechnungsjahr 2011. Verglichen mit dem Rechnungsjahr 2010 stiegen die Sachausgaben im Rechnungsjahr 2012 um rund 5,8 Prozent, dies lag im Rahmen der durchschnittlichen Steigerung des Verbraucherpreisindizes.

Die Förderungsausgaben stiegen in den Jahren 2010 bis 2012 kontinuierlich um insgesamt rund 146 Millionen Euro oder 9,0 Prozent an. Der Anstieg im Rechnungsjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr war im Wesentlichen in den Bereichen Krankenanstalten, Verkehr, Wirtschafts- und Wohnbauförderung zu verzeichnen.

Die Ausgaben für Anlagen schwankten zwischen einem Anteil von 3,1 Prozent und 4,2 Prozent.

Die Amtssachausgaben verzeichneten im Rechnungsjahr 2011 einen Rückgang von rund 5,2 Prozent und stiegen im Rechnungsjahr 2012 wieder auf das Niveau des Rechnungsjahres 2010.

### **5.3.3 Pflicht- und Ermessensausgaben**

Pflichtausgaben sind im Gegensatz zu Ermessensausgaben dadurch gekennzeichnet, dass das Land NÖ zu deren Leistung auf Grund von Gesetzen oder Verordnungen dem Grunde und der Höhe nach verpflichtet ist. Unter die Pflichtausgaben fallen zum Beispiel gewisse Förderungsausgaben (wie Wohnbauförderung) sowie die Personalausgaben. Je größer der Anteil der Pflichtausgaben, desto geringer wird die Flexibilität im Budgetvollzug.

Im Zeitraum 2010 bis 2012 entwickelten sich die Pflicht- und Ermessensausgaben folgendermaßen:

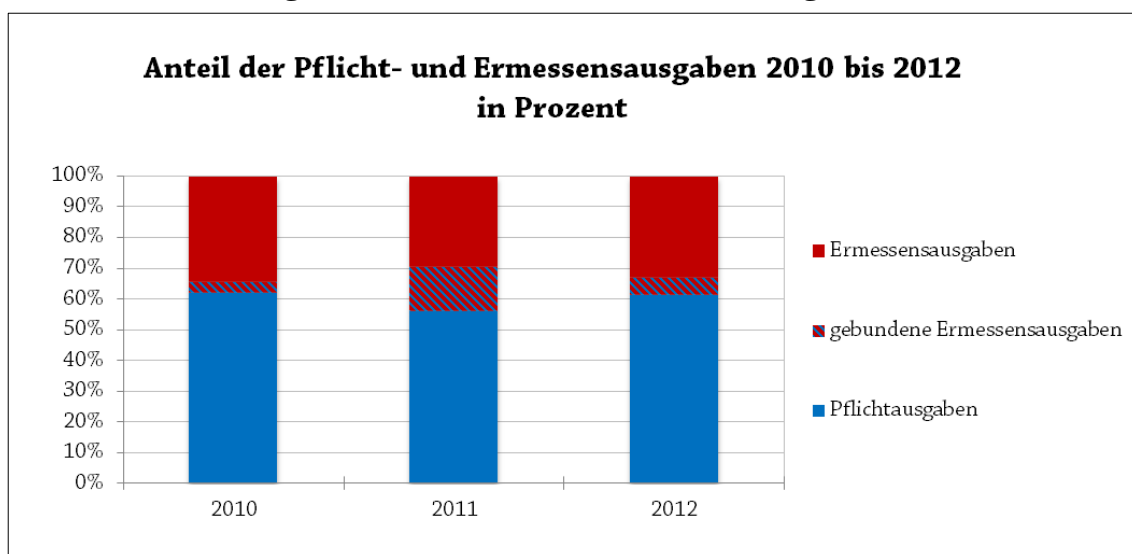
**Tabelle 9: Entwicklung Pflicht- und Ermessensausgaben 2010 bis 2012**

Entwicklung Pflicht- und Ermessensausgaben 2010 bis 2012						
	2010		2011		2012	
Pflichtausgaben	4.779.238.580	62,2%	4.873.410.211	56,3%	4.967.034.785	61,3%
Ermessensausgaben	2.899.507.145	37,8%	3.782.548.286	43,7%	3.134.088.984	38,7%
davon						
- gebunden für						
Verpflichtungen*)	180.908.707	6,3%	196.518.965	5,2%	233.496.266	7,4%
Schuldentilgung	79.025.230	2,7%	1.027.344.793	27,2%	237.493.609	7,6%
- „freier Rest“	2.639.573.208	91,0%	2.558.684.528	67,6%	2.663.099.109	85,0%
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>7.678.745.725</b>		<b>8.655.958.497</b>		<b>8.101.123.769</b>	

\*) Die angeführten **Verpflichtungen** beinhalten die für das jeweilige Jahr fälligen Tilgungen, Kautionen und Zinsen der Sonderfinanzierungen.

Grafisch stellt sich diese Entwicklung wie folgt dar:

**Abbildung 8: Anteil Pflicht- und Ermessensausgaben 2010 bis 2012**



Die Grafik verdeutlicht, dass jedes Jahr bereits ein Teil der Ermessensausgaben auf Grund von Verpflichtungen aus Sonderfinanzierungen (Tilgungen, Kautionen und Zinsen), wie Leasing oder Forderungseinlösungen, sowie für Schuldentilgung gebunden war. Der tatsächlich freie Anteil der Ermessensausgaben an den Gesamtausgaben lag im Rechnungsjahr 2010 bei rund 34 Prozent, sank im Rechnungsjahr 2011 auf rund 30 Prozent und stieg im Rechnungsjahr 2012 auf rund 33 Prozent an.

Im Rechnungsjahr 2011 stiegen durch die vermehrte Tilgung von Finanzschulden die Ermessensausgaben sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ an, während im Rechnungsjahr 2012 das Verhältnis Pflichtausgaben zu Ermessensausgaben bei dem des Rechnungsjahres 2010 lag.

### 5.3.4 Ausgabenentwicklung nach Gruppen

Die Entwicklung der Ausgaben in den Jahren 2010 bis 2012 gegliedert nach Gruppen stellte sich wie folgt dar:

**Tabelle 10: Entwicklung der Ausgaben nach Gruppen 2010 bis 2012**

Entwicklung der Ausgaben nach Gruppen 2010 bis 2012				
Gruppe/Bezeichnung	2010	2011	2012	Veränd. % seit 2010
	in Millionen Euro			
0 Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	676,4	680,9	705,5	+ 4,3
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	27,9	30,6	29,2	+ 4,7
2 Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	1.289,1	1.307,5	1.369,8	+ 6,3
3 Kunst, Kultur und Kultus	121,6	121,0	125,6	+ 3,3
4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	1.556,4	1.461,3	1.444,9	- 7,2
5 Gesundheit	450,9	463,8	517,4	+ 14,8
6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr	486,9	500,7	513,7	+ 5,5
7 Wirtschaftsförderung	194,3	181,7	198,7	+ 2,3
8 Dienstleistungen	2.395,9	2.444,1	2.528,7	+ 5,5
9 Finanzwirtschaft	479,3	1.464,4	667,6	+ 39,3
<b>Summe</b>	<b>7.678,7</b>	<b>8.656,0</b>	<b>8.101,1</b>	<b>+ 5,5</b>

Die Ausgaben in der Gruppe 9 (Finanzwirtschaft) verzeichneten im Vergleich zum Rechnungsjahr 2010 mit + 39,3 Prozent den größten Zuwachs. Zugleich unterlagen die Ausgaben dieser Gruppe aber großen Schwankungen, die auf unterschiedlich hohe Schuldentilgungen in den einzelnen Jahren zurückzuführen waren.

Die Zunahme in der Gruppe 5 (Gesundheit) mit rund 14,8 Prozent entstand im Wesentlichen durch höhere Ausgaben im Bereich Umweltschutz und durch höhere Beiträge des Landes NÖ an den NÖ Gesundheits- und Sozialfonds.

Die Steigerungen bei den übrigen Gruppen lagen zwischen + 2,3 Prozent (Gruppe 7) und + 6,3 Prozent (Gruppe 2) und waren auf Grund der stichprobenartigen Überprüfung des Landesrechnungshofs nachvollziehbar.

Den einzigen Ausgabenrückgang im Vergleich zum Rechnungsjahr 2010 gab es in der Gruppe 4 (Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung) mit 111,5 Millionen Euro bzw. 7,2 Prozent. Dies lag im Wesentlichen an Änderungen bei der Auszahlung des Pflegegelds (Verlagerung zum Bund bzw. zu Versicherungsträgern) sowie dem Wegfall von außerordentlichen Konjunkturbelebungsmaßnahmen im Bereich der Wohnbauförderung.

## 5.4 Entwicklung Einnahmen

Die Einnahmen des Landes NÖ entwickelten sich, untergliedert nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten gemäß VRV, in den Rechnungsjahren 2010 bis 2012 wie folgt:

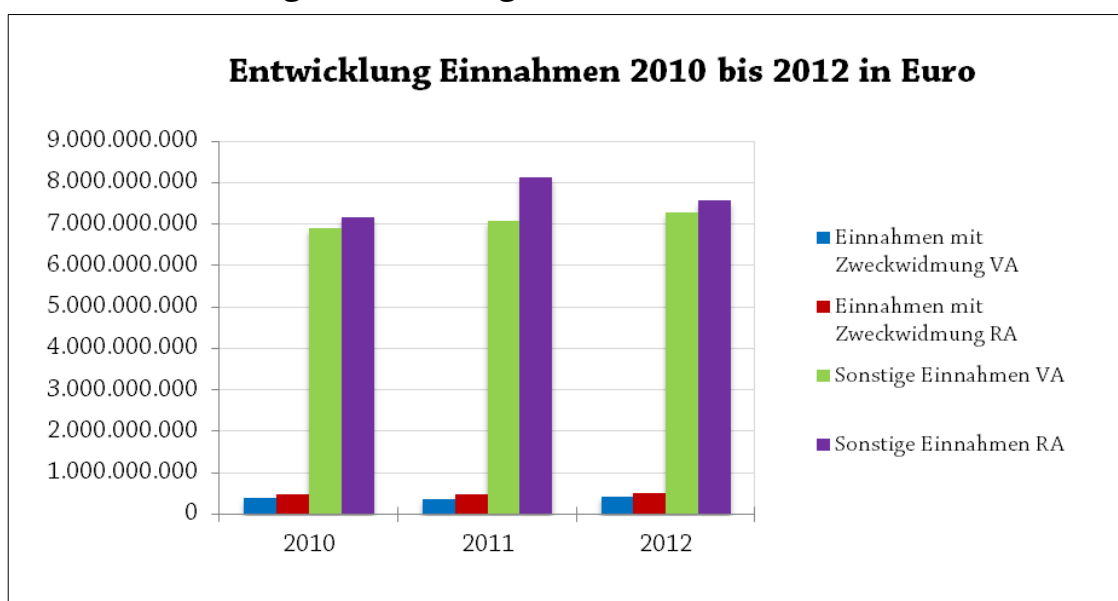
**Tabelle 11: Vergleich Rechnungsabschluss/Voranschlag 2010 bis 2012**

Vergleich Rechnungsabschluss/Voranschlag 2010 bis 2012						
	2010		2011		2012	
	RA	VA	RA	VA	RA	VA
Einnahmen mit Zweckwidmung	487.703.398	403.634.100	490.893.953	396.455.200	515.623.482	451.643.400
Sonstige Einnahmen	7.191.042.327	6.925.421.700	8.165.064.544	7.103.843.000	7.585.500.287	7.304.751.300
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>7.678.745.725</b>	<b>7.329.055.800</b>	<b>8.655.958.497</b>	<b>7.500.298.200</b>	<b>8.101.123.769</b>	<b>7.756.394.700</b>



Die Entwicklung der Einnahmen stellt sich grafisch wie folgt dar:

**Abbildung 9: Entwicklung Einnahmen 2010 bis 2012**



Die Gegenüberstellung von Rechnungsabschluss und Voranschlag der Gesamteinnahmen zeigte, dass in allen drei Rechnungsjahren Mehreinnahmen erzielt wurden (+ 4,8 Prozent im Jahr 2010, + 15,4 Prozent im Jahr 2011, + 4,4 Prozent im Jahr 2012). Während bei den Einnahmen mit Zweckwidmung in den Rechnungsjahren 2010 bis 2012 die Unterschiede zwischen den veranschlagten Werten und dem Rechnungsabschluss nahezu konstant waren, kam es bei den sonstigen Einnahmen im Rechnungsjahr 2011 auf Grund der nicht veranschlagten Verwertung von Forderungen zu einem Anstieg von rund 14,9 Prozent. Im Rechnungsjahr 2012 lag die Abweichung bei den sonstigen Einnahmen mit rund 3,8 Prozent auf dem Niveau des Rechnungsjahres 2010.

#### 5.4.1 Einnahmen mit Zweckwidmung

##### Vergleich Voranschlag/Rechnungsabschluss

Die Einnahmen mit Zweckwidmung laut Rechnungsabschluss lagen in allen drei Rechnungsjahren über den veranschlagten Werten (+ 20,8 Prozent im Jahr 2010, + 23,8 Prozent im Jahr 2011, + 14,2 Prozent im Jahr 2012). Die Mehreinnahmen entfielen im Wesentlichen auf höhere zweckgebundene Bedarfszuweisungen, höhere Zuschüsse für Katastrophenschäden und höhere

Strukturmittel für notärztliche Dienste. Weiters wurden im Rechnungsjahr 2012 um rund 14,4 Millionen Euro mehr Rücklagen entnommen bzw. aufgelöst als veranschlagt.

### Entwicklung Rechnungsabschluss

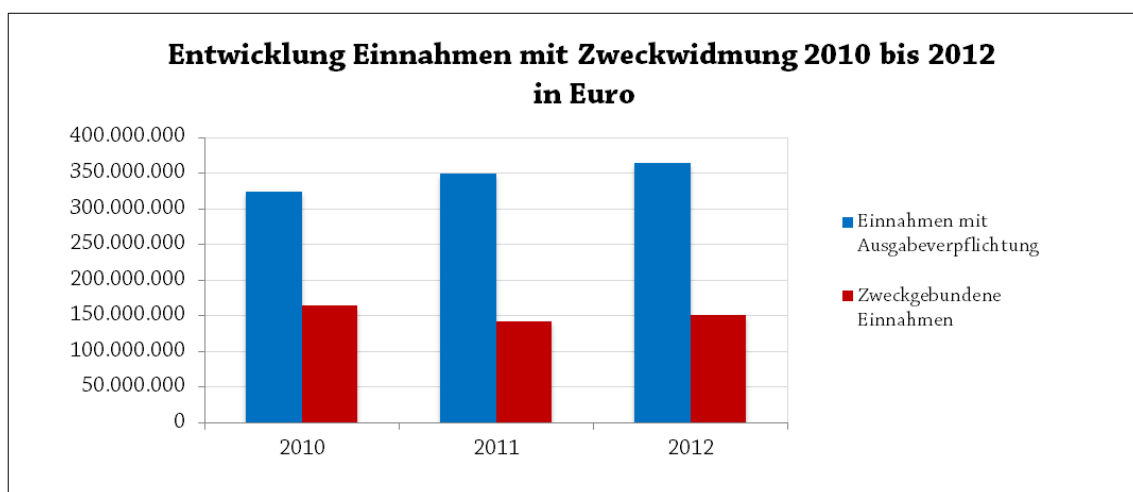
Zu den Einnahmen mit Zweckwidmung zählen die Einnahmen mit Ausgabeverpflichtung sowie die zweckgebundenen Einnahmen. Die Einnahmen mit Zweckwidmung laut Rechnungsabschlüssen 2010 bis 2012 entwickelten sich im Detail folgendermaßen:

**Tabelle 12: Entwicklung Einnahmen mit Zweckwidmung 2010 bis 2012**

Entwicklung Einnahmen mit Zweckwidmung 2010 bis 2012						
	2010		2011		2012	
Einnahmen mit Ausgabeverpflichtung	323.950.881	66,4%	349.235.675	71,1%	364.080.777	70,6%
davon <i>Ertragsanteile für Gemeinden</i>	154.147.472		168.946.552		177.900.604	
Zweckgebundene Einnahmen	163.752.517	33,6%	141.658.278	28,9%	151.542.705	29,4%
<b>Einnahmen mit Zweckwidmung</b>	<b>487.703.398</b>	<b>100,0%</b>	<b>490.893.953</b>	<b>100,0%</b>	<b>515.623.482</b>	<b>100,0%</b>

Die Entwicklung der Einnahmen mit Zweckwidmung stellt sich grafisch wie folgt dar:

**Abbildung 10: Entwicklung Einnahmen mit Zweckwidmung 2010 bis 2012**



Die Einnahmen mit Ausgabeverpflichtung sind jene Einnahmen, die auf Grund vertraglicher oder gesetzlicher Verpflichtung für bestimmte Ausgaben bereitgestellt werden müssen. Die Leistungspflicht ist dem Grund und der Höhe nach festgelegt. Zu den zweckgebundenen Einnahmen gehören alle übrigen Einnahmen mit Zweckwidmung.

Insgesamt erhöhten sich die Einnahmen mit Zweckwidmung im Rechnungsjahr 2012 gegenüber den Vorjahren um rund 5,0 Prozent.

Die Einnahmen mit Ausgabeverpflichtung stiegen im geprüften Zeitraum kontinuierlich an, während die zweckgebundenen Einnahmen nach einem Rückgang im Rechnungsjahr 2011 im Rechnungsjahr 2012 einen Anstieg von rund 7,0 Prozent verzeichneten.

Die zweckgewidmeten Ertragsanteile für Gemeinden erhöhten sich in den Jahren 2010 bis 2012 um rund 23,8 Millionen Euro bzw. 15,4 Prozent. Ihr Anteil an den Einnahmen mit Ausgabeverpflichtung lag im Rechnungsjahr 2012 bei rund 49 Prozent.

#### **5.4.2 Sonstige Einnahmen**

##### **Vergleich Voranschlag/Rechnungsabschluss**

In allen drei Rechnungsjahren konnten gegenüber dem Voranschlag Mehreinnahmen erzielt werden (+ 3,8 Prozent im Jahr 2010, + 14,9 Prozent im Jahr 2011 und + 3,8 Prozent im Jahr 2012). Die Mehreinnahmen im Rechnungsjahr 2011 entfielen vor allem auf die nicht veranschlagte Verwertung von Forderungen. Im Rechnungsjahr 2012 ergaben sich die Mehreinnahmen hauptsächlich bei den Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben, dem Zuschuss für den Ausbau ganztägiger Schulformen, bei den Investitions- und Tilgungszuschüssen für die NÖ Landeskliniken, Erlösen aus der Kaufpreisanpassung von verwerteten Wohnbauförderungsdarlehen, Beiträgen der Gemeinden für Jugendwohlfahrt, bei der Glücksspielautomatenabgabe sowie durch höhere Rücklagenentnahmen bzw. -auflösungen.

### Entwicklung Rechnungsabschluss

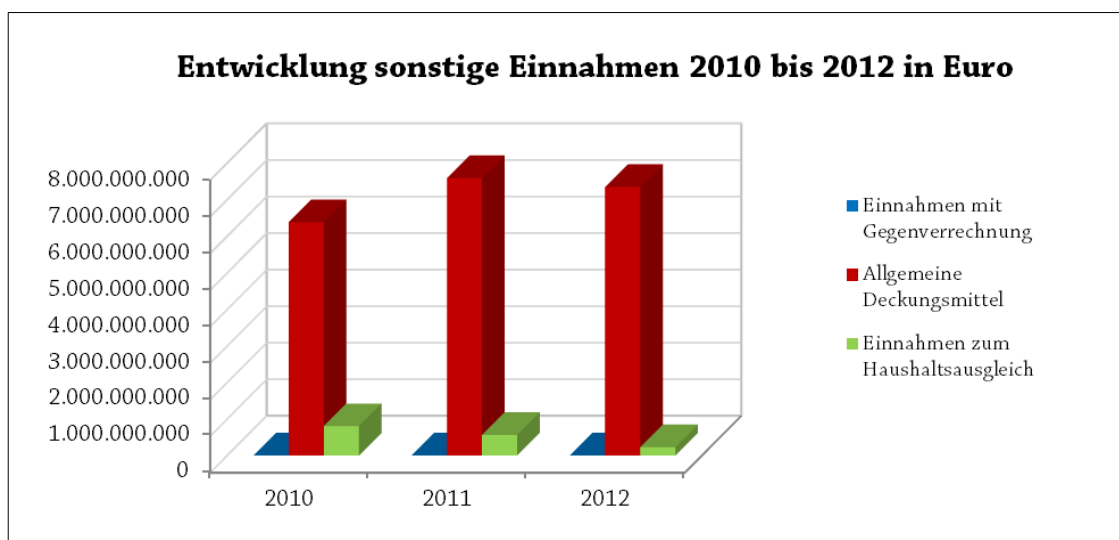
Die sonstigen Einnahmen laut Rechnungsabschlüssen 2010 bis 2012 entwickelten sich im Detail folgendermaßen:

**Tabelle 13: Entwicklung sonstige Einnahmen 2010 bis 2012**

Entwicklung der sonstigen Einnahmen 2010 bis 2012						
	2010		2011		2012	
Einnahmen mit Gegenverrechnung	4.415.223	0,1%	5.043.935	0,1%	4.854.513	0,1%
Allgemeine Deckungsmittel	6.382.560.871	88,7%	7.592.872.449	93,0%	7.349.308.252	96,9%
<i>davon Ertragsanteile</i>	2.292.871.711		2.527.483.731		2.603.361.171	
Einnahmen zum Haushaltsausgleich	804.066.233	11,2%	567.148.160	6,9%	231.337.522	3,0%
<b>Sonstige Einnahmen</b>	<b>7.191.042.327</b>	<b>100,0%</b>	<b>8.165.064.544</b>	<b>100,0%</b>	<b>7.585.500.287</b>	<b>100,0%</b>

Die Entwicklung der sonstigen Einnahmen stellt sich grafisch wie folgt dar:

**Abbildung 11: Entwicklung sonstige Einnahmen 2010 bis 2012**



Die sonstigen Einnahmen unterlagen in den Rechnungsjahren 2010 bis 2012 starken Schwankungen. Gegenüber dem Rechnungsjahr 2010 stiegen sie im Rechnungsjahr 2012 um rund 394 Millionen Euro bzw. 5,5 Prozent an.

Der größte Anteil der sonstigen Einnahmen entfiel auf allgemeine Deckungsmittel. Darunter sind vor allem Steuereinnahmen, nicht zweckgebundene Finanzzuweisungen, Erträge des allgemeinen Kapital- und Grundvermögens, sonstige allgemeine Einnahmen sowie Einnahmen wirtschaftlicher Unternehmungen (Betriebe oder betriebsähnliche Einrichtungen) zu verstehen.

Die allgemeinen Deckungsmittel stiegen im Rechnungsjahr 2011 durch die Verwertung von Forderungen (Wohnbauförderungsdarlehen III. Tranche, Genussrechtsforderungen) an. Auch im Rechnungsjahr 2012 konnten durch die Rückführung von Genussrechten aus der Wohnbauförderung Darlehen getilgt und ein Netto-Überschuss erzielt werden.

Mehr als ein Drittel der allgemeinen Deckungsmittel entfiel jährlich auf die Einnahmen aus Ertragsanteilen. Im Rechnungsjahr 2012 stiegen die Ertragsanteile gegenüber dem Vorjahr um rund 76 Millionen Euro an.

Die Einnahmen zum Haushaltsausgleich bestanden in den Rechnungsjahren 2010 und 2011 im Wesentlichen aus „Erlösen aus Kreditoperationen“ (Schuldaufnahmen) und Trägeranteilen zum Ausgleich der NÖ Landeskliniken. Der starke Rückgang von rund 71,2 bzw. 59,2 Prozent der Einnahmen zum Haushaltsausgleich im Rechnungsjahr 2012 gegenüber den Vorjahren war damit zu begründen, dass keine Schuldaufnahmen aus Kreditoperationen erfolgten und sich daher die Einnahmen nur auf den Haushaltsausgleich für die NÖ Landeskliniken und NÖ Landespflegeheime beschränkten.

Die Einnahmen mit Gegenverrechnung (Vergütungen zwischen Verwaltungszweigen) hatten einen geringen Anteil von 0,1 Prozent.

### **5.4.3 Entwicklung der Einnahmen nach Gruppen**

Die Entwicklung der Einnahmen in den Jahren 2010 bis 2012 gegliedert nach Gruppen stellte sich wie folgt dar:

**Tabelle 14: Entwicklung der Einnahmen nach Gruppen 2010 bis 2012**

<b>Entwicklung der Einnahmen nach Gruppen 2010 bis 2012</b>				
<b>Gruppe/Bezeichnung</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>Veränd. % seit 2010</b>
	<b>in Millionen Euro</b>			
0 Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	98,5	102,6	112,1	+ 13,8
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	4,8	4,5	4,7	- 2,1
2 Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	966,3	987,1	1.016,4	+ 5,2
3 Kunst, Kultur und Kultus	1,5	2,9	2,1	+ 40,0
4 Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	831,4	788,7	772,3	- 7,1
5 Gesundheit	36,4	34,5	47,5	+ 30,5
6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr	91,6	124,6	87,3	- 4,7
7 Wirtschaftsförderung	9,5	8,8	12,8	+ 34,7
8 Dienstleistungen	2.381,6	2.427,9	2.510,9	+ 5,4
9 Finanzwirtschaft	3.257,1	4.174,4	3.535,0	+8,5
<b>Summe</b>	<b>7.678,7</b>	<b>8.656,0</b>	<b>8.101,1</b>	<b>+5,5</b>

Die größten prozentuellen Zuwächse gegenüber dem Jahr 2010 wurden in den Gruppen 3 (Kunst, Kultur und Kultus), 5 (Gesundheit) und 7 (Wirtschaftsförderung) durch Spenden, höhere Strukturmittel sowie Rücklagenauflösungen erzielt. Hierbei handelte es sich jedoch um Gruppen mit eher geringen Gebarungsumfängen.

In der Gruppe 9 (Finanzwirtschaft) kam es zu einer schwankenden Entwicklung. Die überproportionale Einnahmensteigerung im Rechnungsjahr 2011 war auf die höheren Einnahmen durch die Verwertung von Forderungen zurückzuführen. Ausschlaggebend für die Steigerung vom Rechnungsjahr 2010 auf 2012 waren im Wesentlichen höhere Ertragsanteile.

Den größten Einnahmenrückgang verzeichnete die Gruppe 4 (Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung). Die höheren Einnahmen im Rechnungsjahr 2010 im Vergleich zu den beiden folgenden Jahren entstanden durch vermehrte Darlehensrückzahlungen und Rücklagenabschreibungen im Bereich Wohnbauförderung. Im Rechnungsjahr 2012 verringerte sich zusätzlich auf Grund des Wegfalls des Pflegegelds die Umlage der Gemeinden für den Sozialhilfereich.

## 5.5 Gegenüberstellung von Ausgaben und Einnahmen

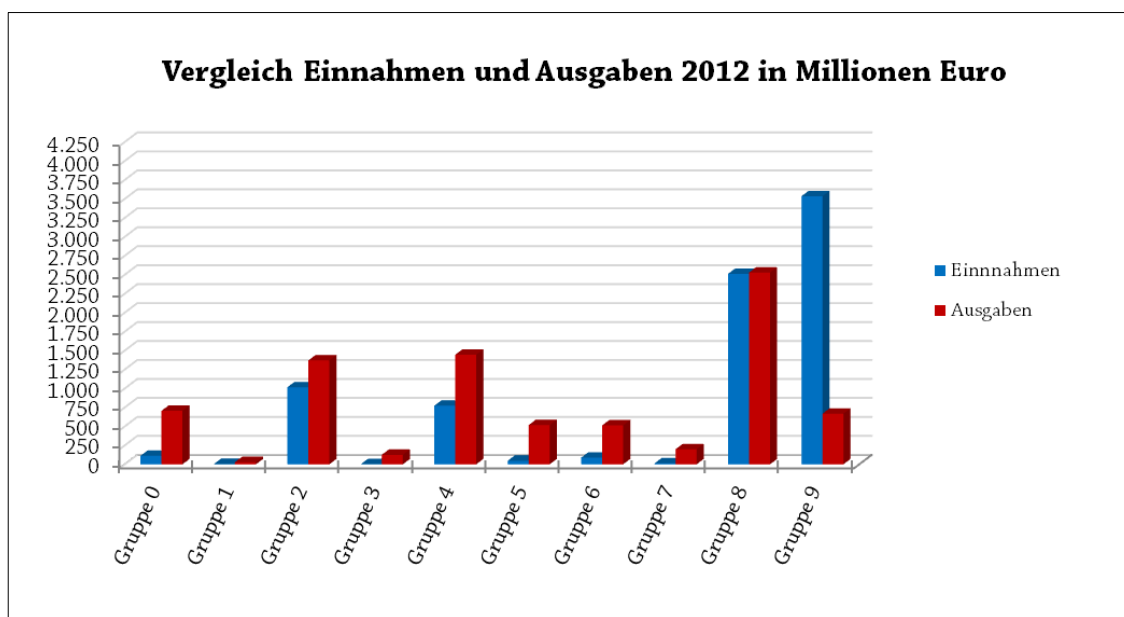
Die Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen des Rechnungsjahres 2012 zeigte folgendes Bild:

**Tabelle 15: Gegenüberstellung Ausgaben und Einnahmen 2012**

Gegenüberstellung von Ausgaben und Einnahmen 2012 in Millionen Euro				
Gruppe/Bezeichnung		Ausgaben	Einnahmen	Differenz
0	Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung	705,5	112,1	593,4
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit	29,2	4,7	24,5
2	Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft	1.369,8	1.016,4	353,4
3	Kunst, Kultur und Kultus	125,6	2,1	123,5
4	Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung	1.444,9	772,3	672,6
5	Gesundheit	517,4	47,5	469,9
6	Straßen- und Wasserbau, Verkehr	513,7	87,3	426,4
7	Wirtschaftsförderung	198,7	12,8	185,9
8	Dienstleistungen	2.528,7	2.510,9	17,8
9	Finanzwirtschaft	667,6	3.535,0	2.867,4
<b>Summe</b>		<b>8.101,1</b>	<b>8.101,1</b>	

Grafisch stellt sich dieser Vergleich wie folgt dar:

**Abbildung 12: Vergleich Einnahmen und Ausgaben 2012**



Die Grafik veranschaulicht, dass in allen Gruppen – mit Ausnahme der Gruppe 9 – teilweise große Differenzen zwischen den Ausgaben einer Gruppe und den jeweils ihr direkt zuordenbaren Einnahmen bestanden.

In jenen Gruppen mit betriebsähnlichen Einrichtungen, wie in der Gruppe 2 mit den landwirtschaftlichen Fachschulen und den Berufsschulen sowie der Gruppe 8 mit den NÖ Landeskliniken und NÖ Landespflegeheimen, erfolgte eine hohe direkte Finanzierung durch Einnahmen. In der Gruppe 4 (Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung) ergaben sich die hohen direkten Einnahmen durch die Refinanzierungen der Gemeinden für die soziale Wohlfahrt sowie aus der Rückzahlung der Wohnbauförderungsdarlehen.

Nur in der Gruppe 9 überwogen die Einnahmen. In dieser Gruppe erfolgte der Ausgleich des gesamten Haushalts im Wesentlichen durch allgemeine Deckungsmittel und Finanztransaktionen.



## 6. Rechnungsquerschnitt

Auf der Grundlage der VRV ist dem Rechnungsabschluss ein Rechnungsquerschnitt anzuschließen, der die postenweise Gliederung aller Einnahmen und Ausgaben des Landes NÖ getrennt nach folgenden Bereichen darstellt:

- Laufende Gebarung
- Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen)
- Finanztransaktionen

Aus dem Rechnungsquerschnitt erfolgt die Ableitung des Finanzierungssaldos (Maastricht-Ergebnis).

### 6.1 Entwicklung Rechnungsquerschnitt

Das Ergebnis des Rechnungsquerschnitts stellte sich in den Rechnungsjahren 2010 bis 2012 wie folgt dar:

**Tabelle 16: Entwicklung Rechnungsquerschnitt 2010 bis 2012**

<b>Entwicklung Rechnungsquerschnitt 2010 bis 2012 in Millionen Euro</b>			
	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Einnahmen der laufenden Gebarung	6.591,8	6.912,9	7.057,2
Ausgaben der laufenden Gebarung	6.576,2	6.552,9	6.761,0
<b>Ergebnis der laufenden Gebarung (Saldo 1)</b>	<b>15,6</b>	<b>360,0</b>	<b>296,2</b>
Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	118,4	53,6	65,2
Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	531,3	512,3	548,8
<b>Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen (Saldo 2)</b>	<b>-412,9</b>	<b>-458,7</b>	<b>-483,6</b>
Einnahmen aus Finanztransaktionen	968,5	1.689,4	978,7
Ausgaben aus Finanztransaktionen	571,2	1.590,7	791,3
<b>Ergebnis der Finanztransaktionen (Saldo 3)</b>	<b>397,3</b>	<b>98,7</b>	<b>187,4</b>
<b>Jahresüberschuss/-fehlbetrag (Saldo 4)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Das Ergebnis der **laufenden Gebarung** verzeichnete im Rechnungsjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr einen Rückgang von rund 17,7 Prozent. Das Ergebnis im Rechnungsjahr 2012 lag jedoch um rund 62 Millionen Euro über dem veranschlagten Wert. Im Rechnungsjahr 2011 gelang es, die laufenden Ausgaben unter das Niveau des Jahres 2010 zu senken. Die laufenden Einnahmen stiegen hauptsächlich durch höhere Ertragsanteile. Im Rechnungsjahr 2012 erhöhten sich die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr mit rund 3,2 Prozent stärker als die Einnahmen mit rund 2,1 Prozent.

Der Saldo der **Vermögensgebarung** hat sich in den Jahren 2010 bis 2012 kontinuierlich erhöht. Im Rechnungsjahr 2012 war dies – durch die Vermehrung bzw. den vermehrten Erwerb von unbeweglichem Vermögen (Grundstücke, Gebäude, Straßen und Brücken) und beweglichem Vermögen – auf einen Anstieg der Ausgaben der Vermögensgebarung zurückzuführen. Gegenüber dem Voranschlag 2012 verschlechterte sich der Saldo um rund 34 Millionen Euro.

Der Saldo der **Finanztransaktionen** verbesserte sich im Rechnungsjahr 2011 wesentlich gegenüber dem Vorjahr, da durch die Verwertung der Forderungen mehr Finanzschulden zurückbezahlt werden konnten und durch die Verbesserung des Brutto-Abgangs weniger Finanzschulden aufgenommen werden mussten. Durch das schlechtere Ergebnis der laufenden Gebarung und die vermehrten Investition in unbewegliches und bewegliches Vermögen fiel der Saldo der Finanztransaktionen im Rechnungsjahr 2012 knapp doppelt so hoch aus als im Vorjahr. Gegenüber dem Voranschlag 2012 konnte eine Verbesserung von rund 27 Millionen Euro erzielt werden.

## 6.2 Maastricht-Ergebnis (= Finanzierungssaldo)

Im Vertrag von Maastricht verpflichteten sich die EU-Mitgliedsstaaten, ihre Wirtschaftspolitik zu koordinieren und zu überwachen sowie sich einer Finanz- und Haushaltsdisziplin zu unterwerfen: Das öffentliche Defizit wurde mit maximal drei Prozent und der öffentliche Schuldenstand mit maximal 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt.

Innerhalb Österreichs haben sich deshalb Bund, Länder und Gemeinden in Stabilitätspakten (Vereinbarung gemäß Art 15a Bundes-Verfassungsgesetz) verpflichtet, Stabilitätsbeiträge zu erbringen.

Der Österreichischen Stabilitätspakt 2011 wurde mit dem Ziel abgeschlossen, die höheren Defizite, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise entstanden, mittelfristig wieder abzubauen. Folgende Stabilitätsbeiträge (zulässige Maastricht-Defizite) wurden darin festgelegt:

**Tabelle 17: Österreichischer Stabilitätspakt 2011, Stabilitätsbeiträge**

Österreichischer Stabilitätspakt 2011, Stabilitätsbeiträge				
	Bund	Länder inkl. Wien	Anteil NÖ am Stabilitätsbeitrag der Länder	
	in % des BIP		in Millionen Euro	in %
<b>2011</b>	- 3,1	- 0,75	- 433	19,458
<b>2012</b>	- 2,7	- 0,6	- 328	17,674
<b>2013</b>	- 2,4	- 0,5	- 303	18,895
<b>2014</b>	- 1,9	- 0,5	- 350	20,980

Der Österreichische Stabilitätspakt 2011 enthielt eine „Rendez-vous-Klausel“ wonach bei Änderungen von EU-rechtlichen Vorgaben der Österreichische Stabilitätspakt anzugleichen ist. Die europäischen Entwicklungen erforderten bereits 2012 die Anpassung des Österreichischen Stabilitätspakts 2011.

Der Österreichische Stabilitätspakt 2012 trat rückwirkend mit 1. Jänner 2012 in Kraft und soll durch strengere Ziele als bisher die Umsetzung des neuen Konsolidierungspfads und damit die Erreichung eines strukturell ausgeglichen Haushalts für Österreich ab 2017 sicherstellen. Folgende Stabilitätsbeiträge wurden darin festgelegt:

**Tabelle 18: Österreichischer Stabilitätspakt 2012, Stabilitätsbeiträge**

Österreichischer Stabilitätspakt 2012, Stabilitätsbeiträge				
	Bund	Länder inkl. Wien	Anteil NÖ am Stabilitätsbeitrag der Länder	
	in % des BIP		in Millionen Euro	in %
<b>2012</b>	- 2,47	- 0,54	- 294	17,469
<b>2013</b>	- 1,75	- 0,44	- 264	18,911
<b>2014</b>	- 1,29	- 0,29	- 204	20,988
<b>2015</b>	- 0,58	- 0,14	- 104	21,824
<b>2016</b>	- 0,19	+ 0,01	+ 4	17,826

Im Österreichischen Stabilitätspakt 2012 steht nicht mehr das Maastricht-Defizit im Vordergrund. Vielmehr ist ein System mehrfacher Fiskalregeln zu beachten, wie insbesondere Schuldenbremse, Ausgabenbremse, Schuldenquotenanpassung, Haftungsobergrenzen bei der Haushaltsführung.

Die Berechnung des Maastricht-Ergebnisses erfolgt nach den jeweils aktuellen Vorgaben des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG) und wird von der Statistik Austria durchgeführt.

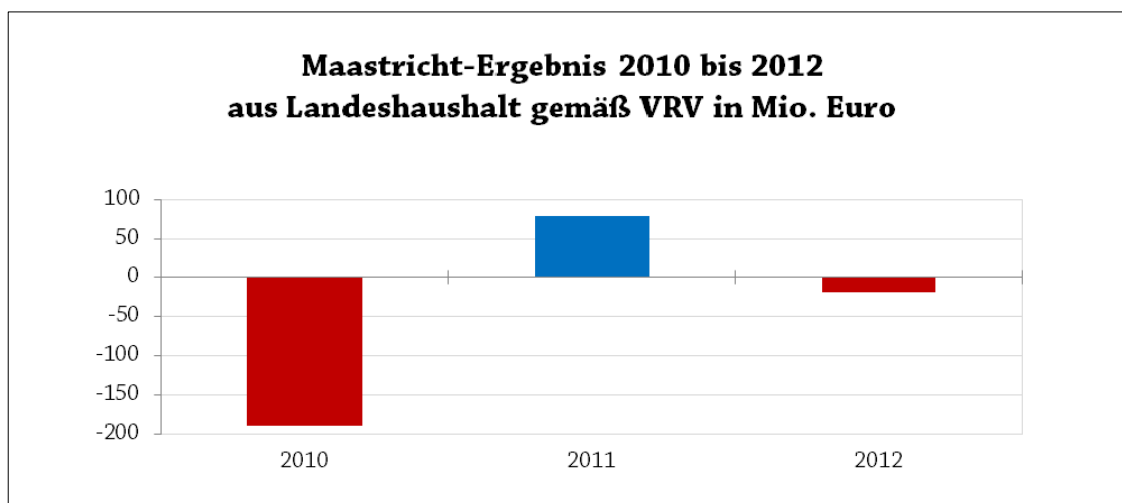
Für den Stabilitätsbeitrag des Landes NÖ ist gemäß Österreichischem Stabilitätspakt das ESGV-Ergebnis der Landesebene ausschlaggebend. Dieses Ergebnis beinhaltet nicht nur den Landeshaushalt, sondern auch die ESGV-Ergebnisse ausgegliederter institutioneller Einheiten des öffentlichen Sektors (zum Beispiel Landesimmobiliengesellschaft, Landesfonds).

Die Maastricht-Ergebnisse der Jahre 2010 bis 2012 aus den Rechnungsabschlüssen des Landes NÖ gemäß VRV-Rechnungsquerschnitt zeigten folgendes Bild:

**Tabelle 19: Maastricht-Ergebnis laut VRV-Rechnungsquerschnitt 2010 bis 2012**

Maastricht-Ergebnis laut VRV-Rechnungsquerschnitt 2010 bis 2012		
2010	2011	2012
- 189.153.458	+ 78.571.992	-20.377.783

Grafisch stellt sich das Maastricht-Ergebnis laut VRV-Rechnungsquerschnitt wie folgt dar:

**Abbildung 13: Maastricht-Ergebnis 2010 bis 2012**

Das Maastricht-Ergebnis des Landes NÖ gemäß Rechnungsquerschnitt war im Rechnungsjahr 2012 wieder negativ, nachdem im Rechnungsjahr 2011 ein positives Ergebnis von 78,6 Millionen Euro erzielt werden konnte.

Der Österreichische Stabilitätspakt 2012 (Art 25 Abs 2) stellt durch eine einfache Überleitungstabelle zu den Voranschlägen und Rechnungsabschlüssen die Transparenz zwischen dem administrativen Ergebnis und dem ESGV-Ergebnis sicher. Damit wurde der Finanzierungssaldo des Landeshaushalts gemäß Rechnungsquerschnitt um die Ergebnisse der ausgegliederten Einheiten, die dem Land NÖ zuzurechnen sind, ergänzt.

Die Überleitungstabelle für die Jahre 2012 bis 2015 zeigt folgendes Bild:

**Tabelle 20: Überleitungstabelle 2012 bis 2015**

**\*)Hinzuzurechnender Finanzierungssaldo:**  
Finanzierungssaldo für jene Positionen die nicht ohnedies im Finanzierungssaldo gemäß VRV berücksichtigt wurden und Finanzierungssaldo außerbudgetärer Einheiten (Sektor Staat), soweit sie dem Land NÖ zuzurechnen sind. Zum Beispiel Krankenanstaltenfinanzierung, Fonds und Immobiliengesellschaften

Überleitungstabelle 2012 bis 2015 in Millionen Euro					
	2012		2013	2014	2015
<b>Vorgabe Stabilitätspakt 2012</b>	<b>- 294</b>		<b>- 264</b>	<b>- 204</b>	<b>-104</b>
	lt. Budgetprogramm	lt. RA	lt. Budgetprogramm		
Finanzierungssaldo Land gem. VRV	- 36	- 20,4	+ 53	+ 87	+144
Hinzuzurechnender Finanzierungssaldo *)	- 269	- 168,6	- 202	- 181	-176
<b>Maastricht-Ergebnis gemäß ESVG</b>	<b>- 305</b>	<b>- 189,0</b>	<b>- 149</b>	<b>- 94</b>	<b>-32</b>
<b>Unterschied</b>	<b>- 11</b>	<b>+ 105,0</b>	<b>+ 115</b>	<b>+ 110</b>	<b>+ 72</b>

Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass im Rechnungsjahr 2012 ein wesentlich besseres Maastricht-Ergebnis gemäß ESVG erzielt werden konnte, als vorgesehen. Dabei war zu berücksichtigen, dass die Angaben der ausgegliederten Einrichtungen auf Meldungen von vorläufigen Rechnungsergebnissen 2012 beruhten.

Für die zukünftigen Jahre wird laut NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015 ein ebenfalls wesentlich geringeres Maastricht-Defizit angestrebt, als im Österreichischen Stabilitätspakt 2012 gefordert. Voraussetzung zur Erreichung dieses Ziels ist jedoch, dass nicht nur im Landeshaushalt geeignete Maßnahmen zu setzen sind, sondern auch die ausgegliederten Einheiten gefordert sind, ihre Maastricht-Ergebnisse zu erbringen.

Im Rechnungsjahr 2012 erzielte sowohl das Land NÖ ein um 15,6 Millionen Euro als auch die ausgegliederten Einheiten ein um 100,4 Millionen Euro besseres Ergebnis als im NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015 vorgegeben. Damit wurden auch die Vorgaben des Österreichischen Stabilitätspakt 2012 um 105,0 Millionen Euro unterschritten.

### 6.3 Maastricht-Schuldenstand

Im Maastricht-Schuldenstand sind die Finanzschulden des Landes NÖ, abzüglich jenes Anteils, der auf die Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit entfällt, ausgewiesen.

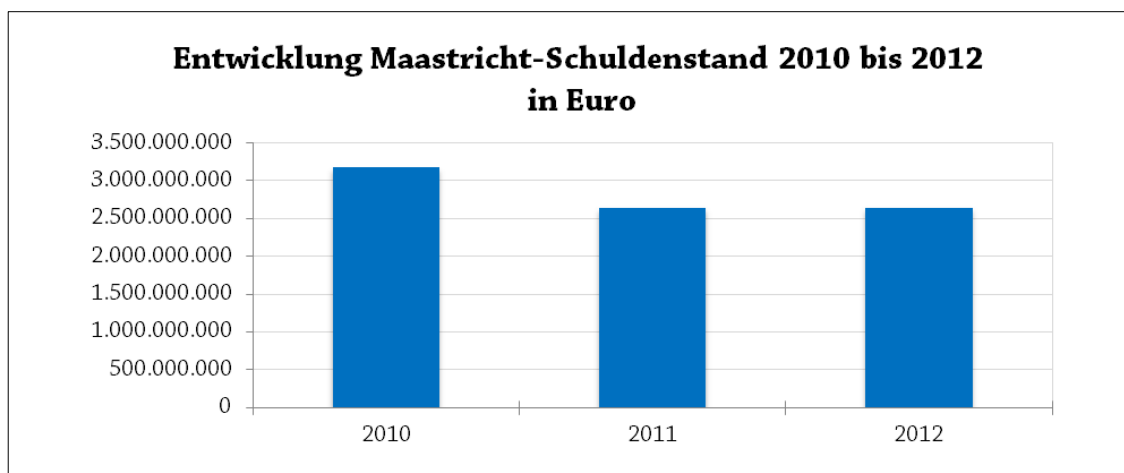
Der Maastricht-Schuldenstand entwickelte sich in den Rechnungsjahren 2010 bis 2012 folgendermaßen:

**Tabelle 21: Entwicklung Maastricht-Schuldenstand 2010 bis 2012**

Entwicklung Maastricht-Schuldenstand 2010 bis 2012		
2010	2011	2012
3.178.510.165	2.647.051.658	2.649.934.232

Die Entwicklung des Maastricht-Schuldenstands stellt sich grafisch wie folgt dar:

**Abbildung 14: Entwicklung Maastricht-Schuldenstand 2010 bis 2012**



Der Maastricht-Schuldenstand konnte durch die vermehrte Tilgung von Finanzschulden im Rechnungsjahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um rund 531 Millionen Euro gesenkt werden. Im Rechnungsjahr 2012 blieb der Maastricht-Schuldenstand nahezu unverändert.

## 6.4 Entwicklung ausgewählter Kennzahlen

Der Landesrechnungshof hat neben den Maastricht-Ergebnissen auf Basis der Rechnungsabschlüsse des Landes NÖ folgende Kennzahlen berechnet, die die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landes NÖ widerspiegeln:

**Tabelle 22: Entwicklung ausgewählter Kennzahlen 2010 bis 2012**

Entwicklung ausgewählter Kennzahlen 2010 bis 2012			
	2010	2011	2012
Quote öffentliches Sparen in Prozent	0,24	5,49	4,38
Eigenfinanzierungsquote in Prozent	94,41	98,60	97,44
Quote der freien Finanzspitze in Prozent	- 0,96	1,05	1,63
Pro-Kopf-Verschuldung in Euro	1.977	1.642	1.638

Die **Quote öffentliches Sparen** zeigt, in welchem Ausmaß die laufenden Einnahmen über den laufenden Ausgaben liegen. Je höher diese Quote, desto mehr Mittel stehen für die Finanzierung der Ausgaben der Vermögensgebarung zur Verfügung. Die Öffentliche Sparquote des Landes NÖ sank im Rechnungsjahr 2010 gegen Null, womit kaum mehr Mittel aus den laufenden Einnahmen für Investitionen oder zur Schuldentilgung zur Verfügung standen. Im Rechnungsjahr 2012 verzeichnete die Quote nach der starken Verbesserung im Rechnungsjahr 2011 wieder einen leichten Rückgang.

Die **Eigenfinanzierungsquote** zeigt, in welchem Ausmaß die laufenden Ausgaben und die Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen durch laufende Einnahmen und Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen gedeckt sind. Die Eigenfinanzierungsquote lag in den Rechnungsjahren 2011 und 2012 nahe 100 Prozent, das bedeutet, dass die genannten Ausgaben nahezu vollständig mit Eigenmitteln finanziert werden konnten.



Die **Quote der freien Finanzspitze** gibt Auskunft, in welchem Ausmaß laufende Einnahmen für neue Investitionen bereitstehen. Mit dem Absinken dieses Wertes unter Null sind Investitionen nur durch Neuverschuldung möglich. Nachdem die Kennzahl im Jahr 2010 unter Null absank, konnte 2011 und 2012 eine deutliche Verbesserung erzielt werden. In den Jahren 2011 und 2012 wurden nur die fortdauernden Tilgungen zur Berechnung dieser Kennzahl herangezogen, um Verzerrungen der Kennzahl durch vorzeitige Tilgungen zu vermeiden.

Die **Pro-Kopf-Verschuldung** gibt Auskunft, in welcher Höhe jeder Einwohner Niederösterreichs mit Schulden aus dem Landeshaushalt belastet ist. Basis bildeten dabei der Maastricht-Schuldenstand sowie die Einwohnerzahl laut Statistischem Handbuch NÖ. Durch die vermehrte Tilgung von Finanzschulden im Rechnungsjahr 2011 sank die Pro-Kopf-Verschuldung deutlich und blieb im Rechnungsjahr 2012 annähernd gleich.

## 7. Vermögensrechnung

Die Vermögensrechnung stellte einen wesentlichen Bestandteil des jeweiligen Teilhefts „Nachweis“ der Rechnungsabschlüsse des Landes NÖ dar. Neben einem Gesamtüberblick über das Landesvermögen wurden darin auch Detailauswertungen zu den einzelnen Positionen ausgewiesen. Zum Teil gingen diese über den in der VRV geforderten Umfang hinaus.

Zum 31. Dezember 2012 stellte sich der Vermögensstand des Landes NÖ wie folgt dar:

**Tabelle 23: Vermögensstand mit 31.12.2012**

<b>Vermögensstand mit 31.12.2012</b>			
<b>Aktiva</b>		<b>Passiva</b>	
<b>Anlagevermögen</b>			
Immobilien	799.301.178,92	<b>Eigenkapital</b>	<b>4.013.116.628,55</b>
Mobilien	263.291.095,72		
Beteiligungen	50.252.110,90	<b>Rücklagen</b>	<b>343.586.308,07</b>
<b>Summe Anlagevermögen</b>	<b>1.112.844.385,54</b>		
<b>Umlaufvermögen</b>		<b>Verbindlichkeiten</b>	
Bankguthaben	24.824.060,81	Verbindlichkeiten gegenüber Banken	357.199.210,45
Darlehensforderungen	6.652.036.415,37	Nicht fällige Verwaltungsschulden	6.924.683.952,12
Vorschüsse	1.627.143.977,72	Finanzschulden: Darlehen und Anleihen	3.301.372.817,13
Nicht fällige Verwaltungsforderungen	616.625.721,15	Innere Anleihen	1.305.937.857,41
Sonstige Forderungen	140.550.688,00	Sonstige Verbindlichkeiten	1.246.964.546,50
<b>Summe Umlaufvermögen</b>	<b>9.061.180.863,05</b>	<b>Summe Verbindlichkeiten</b>	<b>13.136.158.383,61</b>
<b>Haushaltsrücklagen</b>	<b>343.586.308,07</b>		
<b>Aktive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>202.477.510,15</b>	<b>Passive Rechnungsabgrenzung</b>	<b>45.672.249,89</b>
<b>Wertberichtigung zum Eigenkapital</b>	<b>6.874.684.333,46</b>	<b>Wertberichtigung zum Eigenkapital</b>	<b>56.239.830,15</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>17.594.773.400,27</b>	<b>Summe Passiva</b>	<b>17.594.773.400,27</b>

Aktivseitig wird das Vermögen des Landes NÖ und passivseitig dessen Finanzierung dargestellt.

## 7.1 Entwicklung Bilanzsumme

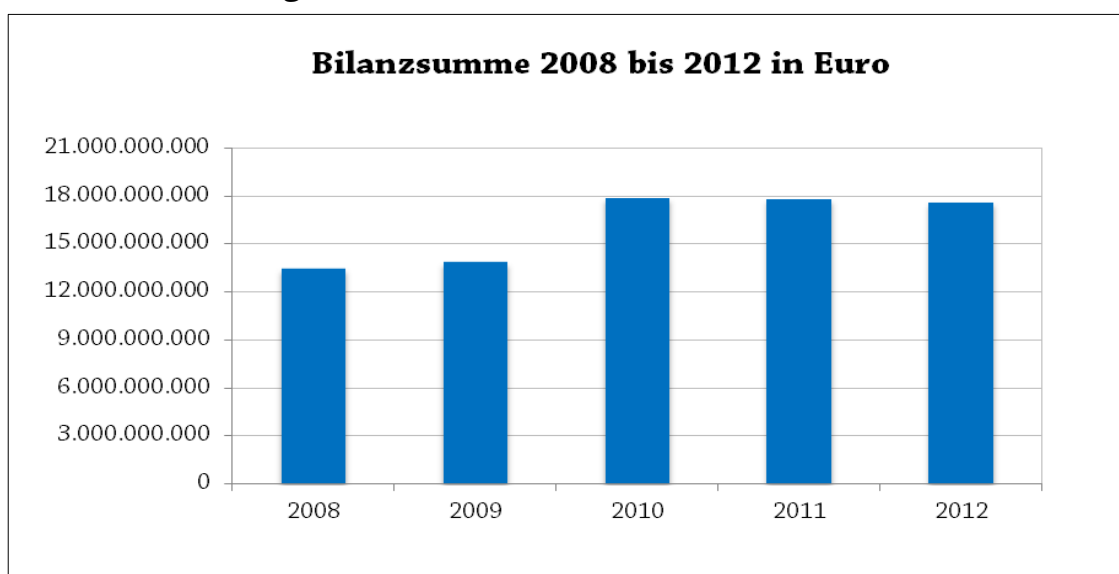
Die Bilanzsummen, die in den Vermögensrechnungen der Rechnungsabschlüsse 2008 bis 2012 des Landes NÖ ausgewiesen wurden, entwickelten sich wie folgt:

**Tabelle 24: Bilanzsumme 2008 bis 2012**

Bilanzsumme 2008 bis 2012				
2008	2009	2010	2011	2012
13.420.534.553	13.817.707.043	17.850.309.018	17.771.301.980	17.594.773.400

Die Entwicklung der Bilanzsumme stellt sich grafisch wie folgt dar:

**Abbildung 15: Bilanzsumme 2008 bis 2012**



Die Steigerung des Jahres 2010 war auf eine wesentliche Änderung der Bewertung bzw. Darstellung im Rahmen der Vermögensrechnung zurückzuführen, die in der folgenden Analyse der einzelnen Positionen der Vermögensrechnung genauer erläutert wird.

Der Landesrechnungshof regte im Bericht 11/2012, Wahrnehmungen zum Landeshaushalt, an, zur Verbesserung der Nachvollziehbarkeit der Vermögensrechnung wesentliche Änderungen in der Darstellung und Bewertung entsprechend zu erläutern.

**Die Anregung für nähere Erläuterungen wurde von der NÖ Landesregierung im Rechnungsabschluss 2012 berücksichtigt. So wurde die Änderung der Wertberichtigung zum Eigenkapital durch die Aufnahme des Bereichs der sofort abgeschrieben Straßen- und Brückenbauten mit einer entsprechenden Aufschlüsselung dargestellt.**

## 7.2 Aktiva

### Entwicklung Aktiva

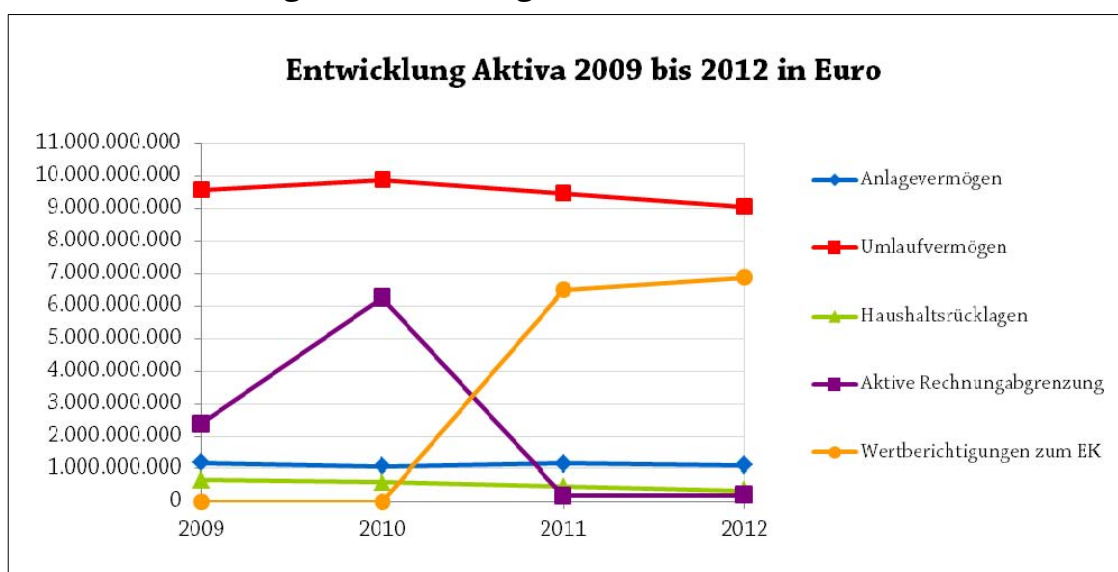
Die Aktivseite der Vermögensrechnung des Landes NÖ entwickelte sich wie folgt:

**Tabelle 25: Entwicklung Aktiva 2009 bis 2012**

Entwicklung Aktiva 2009 bis 2012								
	2009		2010		2011		2012	
	in Mio.	in %	in Mio.	in %	in Mio.	in %	in Mio.	in %
Anlagevermögen	1.172,22	8,5	1.078,24	6,1	1.155,17	6,5	1.112,84	6,3
Umlaufvermögen	9.584,59	69,4	9.896,28	55,4	9.478,69	53,3	9.061,18	51,5
Haushaltsrücklagen	677,64	4,9	602,96	3,4	460,01	2,6	343,59	2,0
Aktive Rechnungsabgrenzung	2.383,26	17,2	6.272,83	35,1	192,04	1,1	202,48	1,1
Wertberichtigung zum Eigenkapital (EK)	0,00	0,0	0,00	0,0	6.485,39	36,5	6.874,68	39,1
<b>GESAMT</b>	<b>13.817,71</b>	<b>100,0</b>	<b>17.850,31</b>	<b>100,0</b>	<b>17.771,30</b>	<b>100,0</b>	<b>17.594,77</b>	<b>100,0</b>

Die Entwicklung der Aktiva stellt sich grafisch wie folgt dar:

**Abbildung 16: Entwicklung Aktiva 2009 bis 2012**



Auf der Aktivseite erfolgten in den Rechnungsjahren 2010 und 2011 wesentliche Änderungen der Darstellung und Bewertung der „Aktiven Rechnungsabgrenzung“ und der „Wertberichtigungen zum Eigenkapital“.

Die einzelnen Positionen der Aktivseite stellten sich wie folgt dar:

### Anlagevermögen

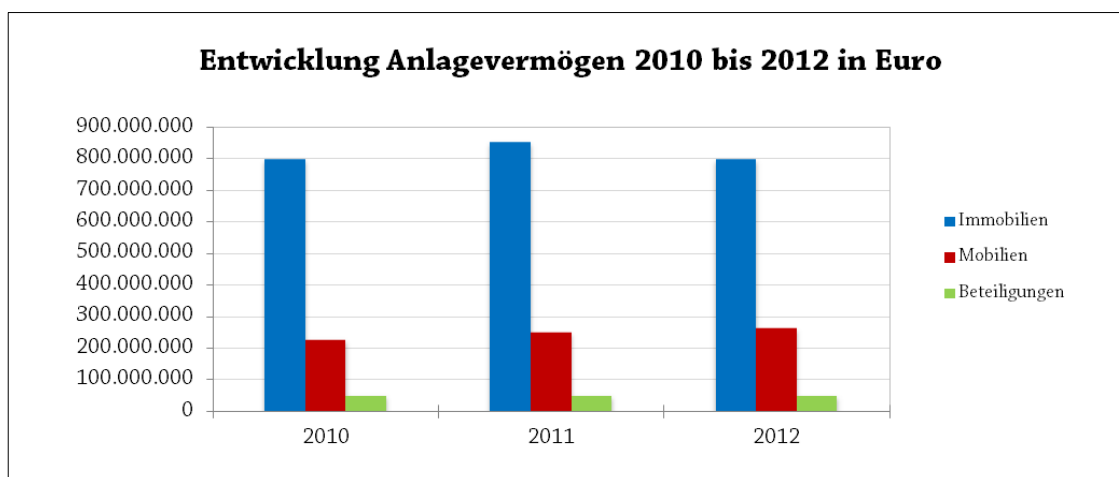
Das Anlagevermögen entwickelte sich wie folgt:

**Tabelle 26: Entwicklung Anlagevermögen 2010 bis 2012**

Entwicklung Anlagevermögen 2010 bis 2012						
	2010		2011		2012	
Immobilien	799.658.173	74,2%	853.254.369	73,9%	799.301.179	71,8%
Mobilien	227.808.243	21,1%	251.072.727	21,7%	263.291.096	23,7%
Beteiligungen	50.768.897	4,7%	50.838.290	4,4%	50.252.111	4,5%
<b>GESAMT</b>	<b>1.078.235.313</b>	<b>100,0%</b>	<b>1.155.165.386</b>	<b>100,0%</b>	<b>1.112.844.386</b>	<b>100,0%</b>

Grafische stellt sich diese Entwicklung wie folgt dar:

**Abbildung 17: Entwicklung Anlagevermögen 2010 bis 2012**



Das Anlagevermögen ging insgesamt im Rechnungsjahr 2012 leicht zurück. Insbesondere bei den Immobilien erfolgten überproportionale Abschreibungen im Bereich einiger NÖ Landeskliniken. So musste zum Beispiel beim NÖ Landeskrankenhaus Krems eine Abschreibung von rund 58 Millionen Euro durchgeführt werden. Diese war auf einen fehlerhaften Anlagenspiegel aus dem doppelten Betriebsbuchhaltungssystem der NÖ Landeskrankenhaus Krems im Vorjahr zurückzuführen, der ungeprüft in das Mehrphasenbuchhaltungssystem des Landes übernommen worden war.

**Daten aus nachgeordneten doppelten Betriebsbuchhaltungssystemen sind zumindest auf Plausibilität zu prüfen. Dies wurde für die Erstellung der nächsten Rechnungsabschlüsse zugesagt.**

Nach wie vor kamen auf Grund verschiedener Vorgaben unterschiedliche Methoden der Abschreibung zur Anwendung. Die Immobilien und Mobilien der NÖ Landeskliniken sowie die Mobilien der NÖ Landespflegeheime wurden im Wesentlichen linear nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Straßen- und Brückenbauten wurden am Jahresende zur Gänze abgeschrieben, während die übrigen Mobilien und Immobilien in der Regel bis zu ihrem Ausscheiden mit dem halben Anschaffungswert eingebucht blieben.

**Die Bewertung der Immobilien und Mobilien ist Gegenstand der geplanten Weiterentwicklung des Haushaltswesens der Länder und Gemeinden. Die Vertreter des Landes NÖ in den diesbezüglichen Arbeitsgruppen sollten auf eine Weiterentwicklung zu einer integrierten Finanzierungs-, Vermögens- und Ergebnisrechnung, die auch die ausgegliederten Einheiten einbezieht, hinwirken.**

Die direkten Beteiligungen des Landes NÖ waren mit den Nominalwerten dargestellt. Der Landesrechnungshof wies darauf hin, dass die indirekten Beteiligungen aus dem Rechnungsabschluss nicht ersichtlich waren.

**Der Landesbuchhaltung wurde aufgrund der Anregung des Landesrechnungshofs im Bericht 11/2012, Wahrnehmungen zum Landeshaushalt, ein Firmenbuchzugang zur Verfügung gestellt. Dies vereinfachte die Kontrolle und korrekte Darstellung dieser Bilanzpositionen.**

### Umlaufvermögen

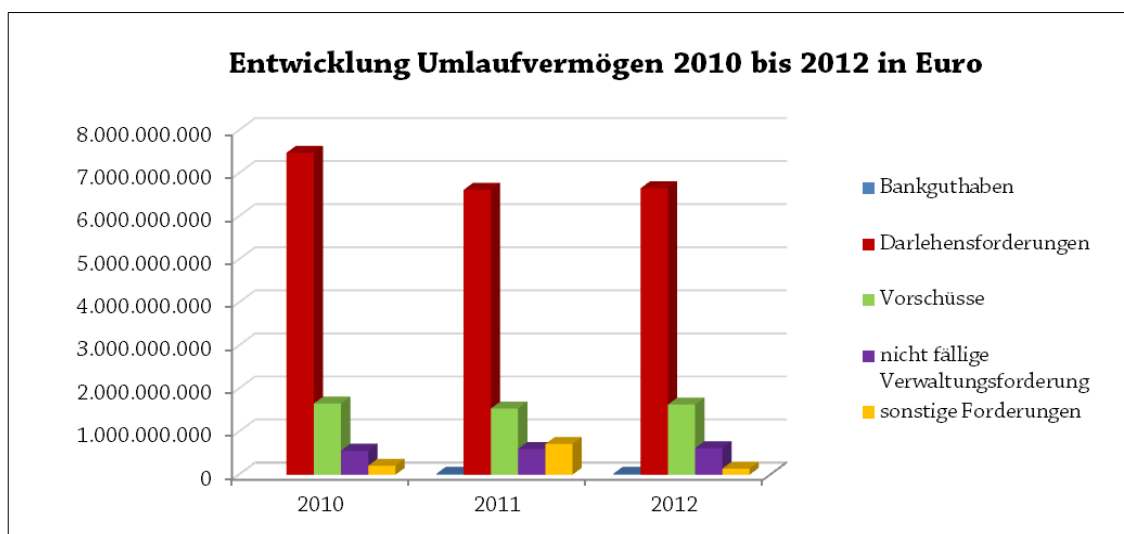
Das Umlaufvermögen entwickelte sich wie folgt:

**Tabelle 27: Entwicklung Umlaufvermögen 2010 bis 2012**

Entwicklung Umlaufvermögen 2010 bis 2012						
	2010		2011		2012	
Bankguthaben	0	0,0%	20.395.426	0,2%	24.824.061	0,3%
Darlehensforderungen	7.476.574.342	75,6%	6.613.539.679	69,8%	6.652.036.415	73,4%
Vorschüsse	1.652.546.632	16,7%	1.534.793.273	16,2%	1.627.143.978	18,0%
nicht fällige Verwaltungsforderung	557.484.769	5,6%	597.462.382	6,3%	616.625.721	6,8%
sonstige Forderungen	209.673.546	2,1%	712.498.023	7,5%	140.550.688	1,5%
<b>GESAMT</b>	<b>9.896.279.289</b>	<b>100,0%</b>	<b>9.478.688.783</b>	<b>100,0%</b>	<b>9.061.180.863</b>	<b>100,0%</b>

Die Entwicklung des Umlaufvermögens stellt sich grafisch wie folgt dar:

**Abbildung 18: Entwicklung Umlaufvermögen 2010 bis 2012**



Zu den Bestandteilen des Umlaufvermögens war Folgendes anzumerken:

- Bis 2010 erfolgte die Darstellung der Bankkonten netto, das heißt, die positiven und negativen Salden wurden summiert. Durch Umstellung auf Bruttodarstellung im Jahr 2011 sind die positiven Bankkonten auf der Aktivseite als Bankguthaben und die im Rahmen der Zwischenfinanzierung negativen Bankkonten auf der Passivseite als Verbindlichkeiten gegenüber Banken dargestellt.
- Der deutliche Rückgang der Darlehensforderung im Rechnungsjahr 2011 von rund 863 Millionen Euro ist hauptsächlich auf die Verwertung von Wohnbauförderungsdarlehen (III. Tranche) sowie von Genussrechtsforderungen aus der I. Tranche der Wohnbauförderungsdarlehensverwertung zurückzuführen. Daraus wurde im Wesentlichen die vermehrte Tilgung von Finanzschulden finanziert. Im Jahr 2012 war wieder ein Anstieg von rund 38,5 Millionen zu verzeichnen, weil der Abgang aus der Verwertung von Genussrechtsforderungen sowie die laufenden Darlehensrückflüsse geringer waren als die neu vergebenen Darlehen. In den Jahren 2010 bis 2012 konnten aus den Darlehensforderungen Zinserträge von insgesamt rund 391,4 Millionen Euro erzielt werden. Die durch die Verwertung von Darlehen bzw. Genussrechtsforderungen eingetretene Minderung der Zinserträge lag im Jahr 2012 mit rund 6,8 Millionen Euro im kalkulierten Rahmen von 7 Millionen Euro.



- Die Vorschüsse sind wieder auf den Stand von 2010 angestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf die verstärkte Finanzierung aus „Inneren Anleihen“ (siehe auch die Ausführungen zu Verbindlichkeiten) zurückzuführen. Mit rund 1.306 Millionen Euro bestanden die Vorschüsse zu rund 80 Prozent aus „Inneren Anleihen“. Die übrigen rund 20 Prozent setzten sich aus diversen Verlagsbeständen und noch nicht abgeschlossenen Verrechnungen sowie vorschussweisen Zahlungen zusammen. Eine stichprobenartige Prüfung ergab insbesondere im Bereich der NÖ Landeskliniken große Forderungsbestände aus Vorschüssen. Darunter fielen unter anderem auch vorschussweise Zahlungen für Investitionsprojekte, deren (Sonder-)Finanzierung noch nicht abgeklärt war. Diese Vorgangsweise wurde vom Landesrechnungshof schon mehrmals kritisiert, zuletzt im Bericht 9/2008, Budgetentwicklung der Landeskliniken der Versorgungsregion Mostviertel. Weiters wurden Forderungen aus Leistungsverrechnungen (zum Beispiel LKF-Abrechnung der NÖ Landeskliniken), die aus dem doppelbuchhalterischen Betriebsbuchhaltungssystem übernommen wurden, im Mehrphasenbuchhaltungssystem als Vorschüsse eingestellt.

**Der Landesrechnungshof regte an, die Forderungen aus Leistungsverrechnungen auch als solche auszuweisen. Dies wurde für die zukünftigen Rechnungsjahre zugesagt.**

- Die „Nicht fälligen Verwaltungsforderungen“ resultierten zum Großteil aus (Sonder-)Finanzierungen und gründeten sich zum Beispiel auf Kautionsforderungen oder Transferzusagen.
- Unter der Bilanzposition „sonstige Forderungen“ werden im Wesentlichen alle Forderungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit dargestellt. Diese sind in der Regel kurzfristiger Natur. Die deutliche Steigerung der sonstigen Forderungen im Jahr 2011 stand im Zusammenhang mit der Abwicklung der III. Tranche der Wohnbauförderungsdarlehensverwertung. Da die diesbezüglichen Gelder auf der Einnahmenseite teilweise erst 2012 geflossen sind, mussten diese auf Grund einer periodengerechten Darstellung im Rechnungsjahr 2011 als Forderungen eingebucht werden. Im Jahr 2012 fiel diese Position wieder auf das Niveau des Jahres 2010.

### **Haushaltsrücklagen**

Die Haushaltsrücklagen entstanden durch nicht in Anspruch genommene Budgetmittel des laufenden Rechnungsjahres bzw. der vorjährigen Rechnungsjahre (zum Beispiel für mehrjährige Projekte) und durch noch nicht verbrauchte zweckgebundene Einnahmen. Die jeweiligen Voranschläge haben diese Mittel als übertragungsfähig deklariert. Sie können daher zur Bedeckung

von Ausgaben in kommenden Rechnungsjahren herangezogen werden, wobei die Verwendung in der Regel auf das jeweilige mehrjährige Projekt bzw. die jeweiligen zweckgebundenen Ausgaben beschränkt ist. Die Haushaltsrücklagen verringerten sich in den Rechnungsjahren 2011 und 2012 gegenüber dem Rechnungsjahr 2010 um insgesamt rund 259 Millionen Euro, weil sie verstärkt zur Finanzierung des Haushalts herangezogen wurden.

### **Aktive Rechnungsabgrenzung und Wertberichtigung zum Eigenkapital**

Diese beiden Posten veränderten sich in den Jahren 2010 und 2011 massiv. Hierzu stellte der Landesrechnungshof fest:

Die Aktive Rechnungsabgrenzung dient dazu, die Gebarung periodengerecht darzustellen. Auf diese Weise werden geldmäßige Ausgaben im alten Rechnungsjahr, die das neue Rechnungsjahr betreffen, abgegrenzt. Dieser Bereich wurde bis 2010 auch als „Aktive Rechnungsabgrenzung I“ ausgewiesen und hatte einen jährlichen Gebarungsumfang von rund 100 bis 160 Millionen Euro.

Mit der Verwertung der I. Tranche der Wohnbauförderung im Jahr 2001 wurde eine „Aktive Rechnungsabgrenzung II“ eingebucht. Diese hatte die Aufgabe einer periodengerechten Darstellung, nämlich die Barwertabzinsung über die Laufzeit der Verwertung zu verteilen. Diese „Aktive Rechnungsabgrenzung II“ wurde im Jahr 2010 um die Komponente jener nicht fälligen Verwaltungsschulden (Zusagen für Annuitätzuschüsse aus der Wohnbauförderung, Sonderfinanzierungen) erweitert, die mit der Einbuchung einen sofortigen, direkten Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung verursachten, jedoch auf Grund ihrer Langfristigkeit ebenfalls auf die Laufzeit zu verteilen waren. Mit 2011 wurde diese „Aktive Rechnungsabgrenzung II“ wegen der dadurch erzielten langfristigen Aufteilung der Verluste aus Gewinn- und Verlustrechnung richtiger Weise als „Wertberichtigung zum Eigenkapital“ dargestellt.

Wie im Punkt Anlagevermögen erwähnt, werden Straßen- und Brückenbauten am Jahresende zur Gänze abgeschrieben. Damit wird der Investitionsaufwand sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung wirksam. Straßenbauvorhaben sind in der Regel sonderfinanziert und somit in den nicht fälligen Verwaltungsschulden enthalten, eine Verteilung dieses Aufwandes über die Laufzeit, wie bei den übrigen Sonderfinanzierungen, erfolgte jedoch bis zum Rechnungsjahr 2011 nicht. Der Landesrechnungshof regte daher im Bericht 11/2012, Wahrnehmungen zum Landeshaushalt, an:

„Im Sinne einer einheitlichen Vorgangsweise sollte der Anteil der nicht fälligen Verwaltungsschulden aus den Straßen- und Brückenbauten, die über die sofortige Abschreibung einen Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung verursachen, auch über die Wertberichtigung zum Eigenkapital auf die Laufzeit verteilt werden.“

### Dieser Anregung wurde im Rechnungsabschluss 2012 Folge geleistet.

Neben den entsprechend aufgelösten bzw. angepassten Wertberichtigungen zu den verwerteten Wohnbauförderungsdarlehen und der schon bisher eingestellten Wertberichtigungen aus Sonderfinanzierungen wurde nunmehr auch der Bestand an Straßen- und Brückenbauten dargestellt. Die Wertberichtigung zum Eigenkapital erhöhte sich dadurch zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 um rund 390 Millionen Euro oder sechs Prozent. Die ausgewiesene „Wertberichtigung zum Eigenkapital“ setzte sich zum Bilanzstichtag aus rund 4.507 Millionen Euro Wertberichtigung zu den Aufwendungen aus nicht fälligen Verwaltungsschulden (rund 506 Millionen Euro neu für die sonderfinanzierten Straßen- und Brückenbauten) und rund 2.367 Millionen Euro Wertberichtigung aus der Barwertabzinsung der Wohnbauförderungsverwertung zusammen.

## 7.3 Passiva

### Entwicklung Passiva

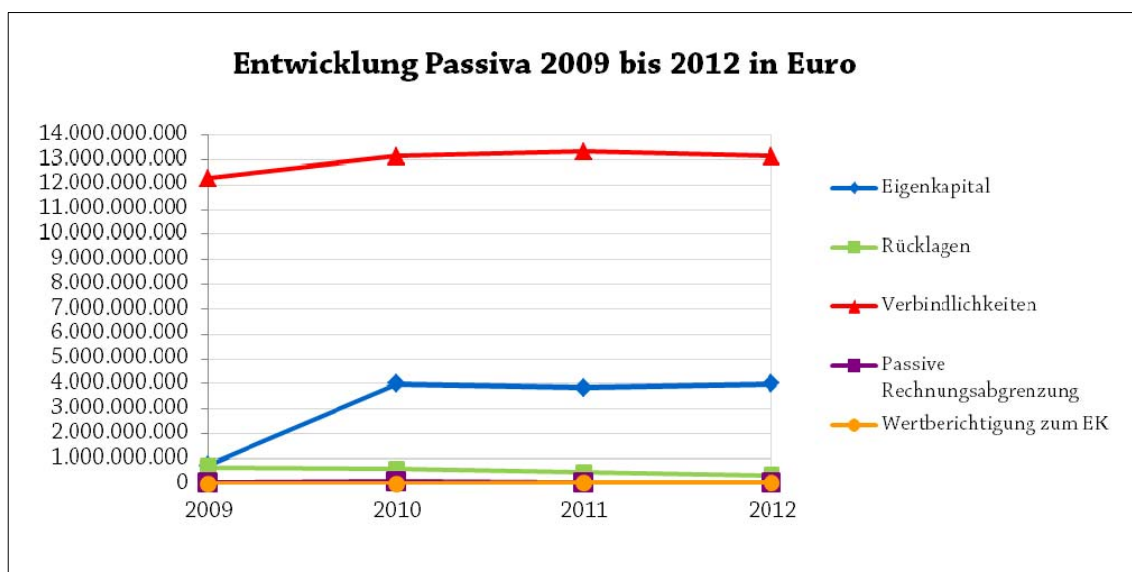
Die Passivseite der Vermögensrechnung des Landes NÖ entwickelte sich wie folgt:

**Tabelle 28: Entwicklung Passiva 2009 bis 2012**

Entwicklung Passiva 2009 bis 2012								
	2009		2010		2011		2012	
	in Mio.	in %	in Mio.	in %	in Mio.	in %	in Mio.	in %
Eigenkapital	729,11	5,2	4.010,27	22,5	3.859,86	21,7	4.013,12	22,8
Rücklagen	677,64	4,9	602,96	3,4	460,01	2,6	343,58	1,9
Verbindlichkeiten	12.363,24	89,5	13.133,02	73,5	13.335,56	75,1	13.136,16	74,7
Passive Rechnungsabgrenzung	47,72	0,4	104,06	0,6	57,22	0,3	45,67	0,3
Wertberichtigung zum Eigenkapital (EK)	0,00	0,0	0,00	0,0	58,65	0,3	56,24	0,3
<b>GESAMT</b>	<b>13.817,71</b>	<b>100,0</b>	<b>17.850,31</b>	<b>100,0</b>	<b>17.771,30</b>	<b>100,0</b>	<b>17.594,77</b>	<b>100,0</b>

Die Entwicklung der Passiva stellt sich grafisch wie folgt dar:

**Abbildung 19: Entwicklung Passiva 2009 bis 2012**



Die Abbildung der Passivseite verdeutlicht die Erhöhung des Eigenkapitals im Jahr 2010 durch die zusätzliche „Aktive Rechnungsabgrenzung“ bzw. die aktivseitige „Wertberichtigung zum Eigenkapital“.

Die einzelnen Positionen der Passivseite stellten sich wie folgt dar:

### Eigenkapital

Als Eigenkapital wird jener Teil des Vermögens dargestellt, der nach Abzug aller Verbindlichkeiten verbleibt. In den letzten Jahren erforderten die Inanspruchnahme von langfristigen Sonderfinanzierungen sowie die Verwertung von langfristigen Forderungen Änderungen in der Bewertung, um eine periodengerechte Darstellung des Eigenkapitals sowie von Aufwendungen und Erträgen zu erreichen. Dafür fehlten einheitliche Vorgaben für die Gebietskörperschaften. Sie sind zur Zeit Gegenstand der angestrebten Reform des Haushaltswesens im Bereich der Länder.

**Durch die ab dem Jahr 2010 verbesserte periodengerechte Abbildung der Aufwendungen konnte in den Vermögensrechnungen eine Eigenkapitalquote von über 20 Prozent ausgewiesen werden. Die Erhöhung im Rechnungsjahr 2012 ist im Wesentlichen auf die zusätzliche Wertberichtigung für die sonderfinanzierten Straßen- und Brückenbauten zurückzuführen. Diese Wertberichtigung in Höhe von rund 39 Prozent der Bilanzsumme zeigt, dass bereits beträchtliche Verpflichtungen für die Zukunft eingegangen wurden. Eine Eigenkapitalquote von über 20 Prozent wird auf Dauer nur zu halten sein, wenn einerseits entsprechende Erträge sichergestellt werden und andererseits die Entwicklung der Aufwendungen unter Berücksichtigung der bereits eingegangenen zukünftigen Verpflichtungen daran angepasst wird.**

### Rücklagen

Diese entstanden durch nicht in Anspruch genommene Kreditmittel bzw. noch nicht verwendete zweckgebundene Einnahmen. Da sie in der Regel bereits für Vorhaben verplant sind, werden sie richtiger Weise nicht direkt dem Eigenkapital zugeschlagen, sondern als eigene Position in der Vermögensrechnung dargestellt.

### Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten dokumentieren zum jeweiligen Bilanzstichtag den Anteil des Vermögens, der bereits über Fremdkapital finanziert wurde bzw. der bei der gegebenen Ertragslage aus Fremdkapital zu finanzieren wäre. Davon bewirkten im Wesentlichen die Finanzschulden einen echten kassenwirksamen Abgang und eine Zinsbelastung der laufenden Gebarung.

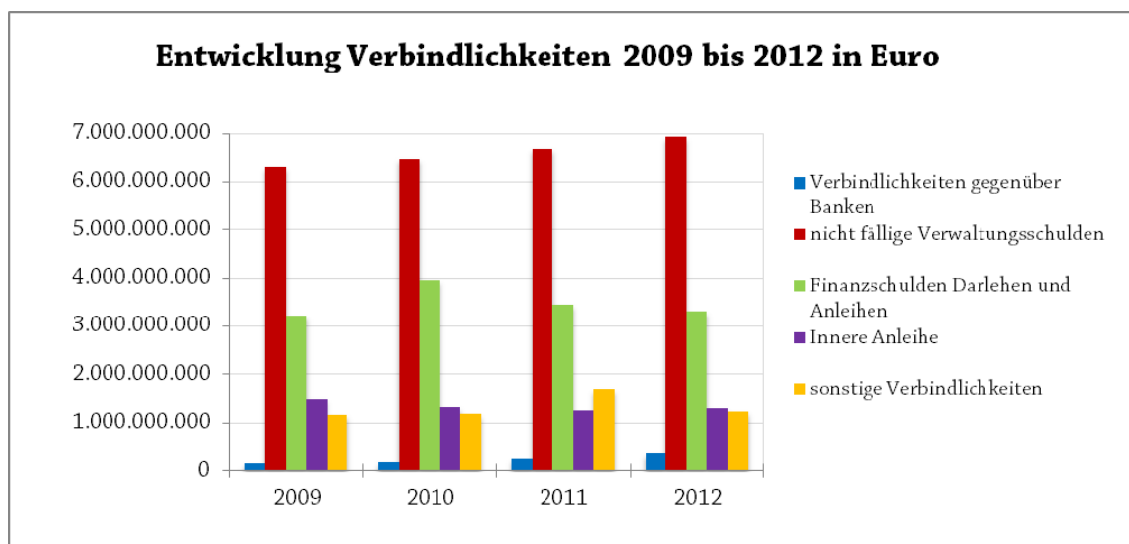
Die Verbindlichkeiten laut Rechnungsabschlüssen haben sich wie folgt entwickelt:

**Tabelle 29: Entwicklung Verbindlichkeiten 2009 bis 2012**

Entwicklung Verbindlichkeiten 2009 bis 2012								
	2009		2010		2011		2012	
	in Mio.	in %	in Mio.	in %	in Mio.	in %	in Mio.	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	158,97	1,3	179,08	1,4	248,40	1,9	357,20	2,7
nicht fällige Verwaltungsschulden	6.309,69	51,0	6.476,64	49,3	6.684,72	50,1	6.924,68	52,7
Innere Anleihe	1.500,62	12,1	1.326,66	10,1	1.258,68	9,4	1.305,94	10,0
sonstige Verbindlichkeiten	1.171,11	9,5	1.188,66	9,0	1.693,26	12,7	1.246,97	9,5
<b>Finanzschulden: Darlehen und Anleihen</b>	<b>3.222,85</b>	<b>26,1</b>	<b>3.961,98</b>	<b>30,2</b>	<b>3.450,50</b>	<b>25,9</b>	<b>3.301,37</b>	<b>25,1</b>

Die Entwicklung der Verbindlichkeiten stellt sich grafisch wie folgt dar:

**Abbildung 20: Entwicklung Verbindlichkeiten 2009 bis 2012**



Zu den einzelnen Positionen der Verbindlichkeiten ist Folgendes anzumerken:

- Die „Verbindlichkeiten gegenüber Banken“ entstanden durch kurzfristige Zwischenfinanzierungen, die innerhalb vereinbarter Überziehungsrahmen angesprochen wurden. Zum Beispiel wurden die gemeinschaftlichen Ertragsanteile durch den Bund in der Regel am Ende eines Quartals zugewiesen. Die Ausgaben des Landes NÖ fielen jedoch über das gesamte Quartal an. In der Privatwirtschaft werden solche kurzfristigen Zwischenfinanzierungen auch als Betriebsmittelkredite bezeichnet. Bis 2010 wurden die Bankkonten des Landes in der Vermögensrechnung saldiert netto dargestellt. Ab 2011 erfolgte, wie bereits bei der Aktivseite erläutert, die korrekte Bruttodarstellung. Mit der Bewirtschaftung dieser Bankkonten wird die Liquidität des Landes NÖ sichergestellt. Der Stand der kurzfristigen Zwischenfinanzierungen ist in den letzten Jahren kontinuierlich angewachsen (siehe hierzu auch die Ausführungen unter Punkt Kassenabschluss).
- Die „nicht fälligen Verwaltungsschulden“ beinhalten im Wesentlichen die Verpflichtungen aus langfristigen Zusagen aus der Wohnbauförderung für Annuitätenzuschüsse bzw. Darlehen und Verpflichtungen aus längerfristigen (Sonder-)Finanzierungen. Im Rechnungsjahr 2012 waren Annuitätenzuschüsse von rund 2.901 Millionen Euro (2011 rund 2.945 Millionen Euro), Darlehenszusagen von rund 2.140 Millionen Euro (2011 rund 1.889 Millionen Euro) und längerfristige (Sonder-)Finanzierungen in Höhe von rund 1.840 Millionen Euro (2011 rund 1.889 Millionen Euro) eingebucht. Die Erhöhung der ausgewiesenen Verpflichtungen war zur Gänze aus Zusagen für Wohnbauförderungsdarlehen zurückzuführen. Die übrigen Komponenten gingen hingegen leicht zurück.
- Bei den Finanzschulden (Darlehen und Anleihen) wurde nach den deutlichen Anstiegen in den Jahren 2009 und 2010 im Jahr 2011 durch vermehrte Tilgungen eine Trendumkehr erreicht. Diese hat sich im Jahr 2012 mit einer Verminderung der Finanzschulden von rund 149 Millionen Euro fortgesetzt. Von den mit 31. Dezember 2012 ausgewiesenen Finanzschulden betrafen rund 651,4 Millionen Euro die Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit und rund 2.649,9 Millionen Euro die Maastricht-Schulden. Der Stand der Finanzschulden wurde stichprobenartig mit externen Saldenbestätigungen der Darlehensgeber abgeglichen. Dabei wurde bei einem Darlehen eine geringe Abweichung von 794,04 Euro festgestellt, die im Rechnungsjahr 2013 zu bereinigen ist.

Für die Finanzschulden mussten im Jahr 2012 Nettozinsen (Zinsen abzüglich Schuldendienstsätze) von rund 97,2 Millionen Euro aufgewendet werden. Diese Aufwendungen lagen um rund 2,5 Prozent unter jenen des Jahres 2011. Hierzu ist anzumerken, dass eine Zinsbelastung von rund



2,6 Millionen Euro nicht im Rechnungsjahr 2011, sondern im Rechnungsjahr 2012 verrechnet wurde. Weiters wurde festgestellt, dass bei einem Darlehen, das bereits mit Jänner 2011 zur Finanzierung des Haushalts 2011 aufgenommen wurde, die Zinsen des Jahres 2011 sowie die laufenden Zinsen zur Gänze im Rechnungsjahr 2012 dargestellt waren. Durch diese nicht periodengerechte Darstellung war ein Vergleich der jährlichen Zinsbelastung nicht aussagekräftig.

**Auf die periodengerechte Abgrenzung der Zinsbelastungen ist insbesondere bei den neu aufgenommenen bzw. zur Gänze abgestatteten Darlehen zu achten. Dies wurde für die zukünftigen Rechnungsjahre zugesagt.**

- Mit „Inneren Anleihen“ werden Soll-Abgänge durch „Eigenmittel“ finanziert. Dabei werden Rücklagen (zum Beispiel aus der Wohnbauförderung) oder andere zweckgebundene Mittel in Form eines internen Vorschusses (siehe Bilanzpost Vorschüsse auf der Aktivseite) zur Abgangsfinanzierung verwendet. Im Gegenzug erfolgt die Darstellung als „Innere Anleihe“ auf der Passivseite. Daher muss nur der kassenwirksame Abgang durch Fremdfinanzierung gedeckt werden. Im Gegensatz zu den Finanzschulden stellen „Innere Anleihen“ eine buchhalterische Schuld dar, der noch keine unmittelbaren finanziellen Verpflichtungen gegenüberstehen. Teilweise wird jedoch eine interne Verzinsung innerhalb des Landeshaushalts im Umbuchungsweg dargestellt. Nach einem Rückgang im Rechnungsjahr 2011 stiegen die „Inneren Anleihen“ im Jahr 2012 wieder um rund 47 Millionen Euro an.
- Unter „Sonstigen Verbindlichkeiten“ werden im Wesentlichen alle Verbindlichkeiten aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Zahlungsrückstände, Fremde Gelder sowie die Auslaufmonatsgebarung) dargestellt. Diese sind in der Regel kurzfristiger Natur. Die deutliche Steigerung der sonstigen Verbindlichkeiten im Jahr 2011 steht im Zusammenhang mit der Abwicklung der vermehrten Tilgung von Finanzschulden mit Jahresende. Da die diesbezüglichen Gelder auf der Ausgabenseite teilweise erst 2012 geflossen sind, mussten diese auf Grund einer periodengerechten Abbildung im Rechnungsjahr 2011 als Verbindlichkeiten dargestellt werden. Mit Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 hat sich diese Position wieder auf das Niveau des Jahres 2010 eingependelt. Die darin enthalten Fremden Gelder setzten sich im Wesentlichen aus den Abfuhrungen aus der Lohnverrechnung (Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge) sowie Fremde Gelder der NÖ Landeskliniken in Höhe von rund 87 Millionen Euro zusammen, darin sind jedoch aus der doppischen Betriebsbuchhaltung übernommene Zahlungsverpflichtungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten.



**Der Landesrechnungshof regte an, die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen auch als solche auszuweisen. Dies wurde für die zukünftigen Rechnungsjahre zugesagt.**

### **Passive Rechnungsabgrenzung und Wertberichtigungen zum Eigenkapital**

Die Passive Rechnungsabgrenzung dient dazu, die Gebarung periodengerecht darzustellen. Darüber wurden geldmäßige Einnahmen im alten Rechnungsjahr, die bereits das neue Rechnungsjahr betroffen haben, abgewickelt. Dieser Bereich wurde bis 2009 auch als „Passive Rechnungsabgrenzung“ ausgewiesen und hatte einen jährlichen Gebarungsumfang von rund 50 Millionen Euro. Mit der Erweiterung der „Aktiven Rechnungsabgrenzung II“ im Jahr 2010 wurde richtigerweise eine „Passive Rechnungsabgrenzung II“ eingestellt. Die sofort in der Gewinn- und Verlustrechnung wirksamen „nicht fälligen Verwaltungsforderungen“ wurden damit über die Laufzeit verteilt. Korrespondierend mit der „Aktiven Rechnungsabgrenzung II“ wurde die „Passive Rechnungsabgrenzung II“ 2011 in eine Wertberichtigung zum Eigenkapital umgewandelt.

## **8. Eventualverbindlichkeiten**

Eventualverbindlichkeiten sind Haftungen bzw. Garantien des Landes NÖ für Verbindlichkeiten oder Forderungen anderer Rechtsträger. Ziele des Landes NÖ für die Übernahme von Haftungen oder Garantien waren:

- Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für landesnahe Unternehmungen oder für Rechtsträger, die Aufgaben des Landes NÖ übernommen haben.
- Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für private Unternehmungen im Rahmen von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen. Wesentliche Bestandteile der Konjunkturförderungspakete des Landes NÖ anlässlich der Finanzkrise 2008/2009 waren die Übernahmen von Haftungen.
- Erzielung zusätzlicher Einnahmen aus Garantieprämien für risikoarme Eventualverbindlichkeiten, wie zum Beispiel im Rahmen der Verwertung von Forderungen aus Wohnbauförderungsdarlehen.

Die Eventualverbindlichkeiten waren im Kapitel „Nachweis Haftungen“ im jeweiligen Teilheft „Nachweis“ des Rechnungsabschlusses dargestellt, wobei bis 2010 ausschließlich die Darstellung der genehmigten Beträge und der tatsächlich aushaftenden Beträge ohne Risikobeurteilung erfolgte. Seit dem Rechnungsjahr 2011 erfolgte eine Risikobeurteilung der aushaftenden Beträge und auf dieser Basis wurde eine Obergrenze der Haftungen festgelegt.

## 8.1 Entwicklung Eventualverbindlichkeiten

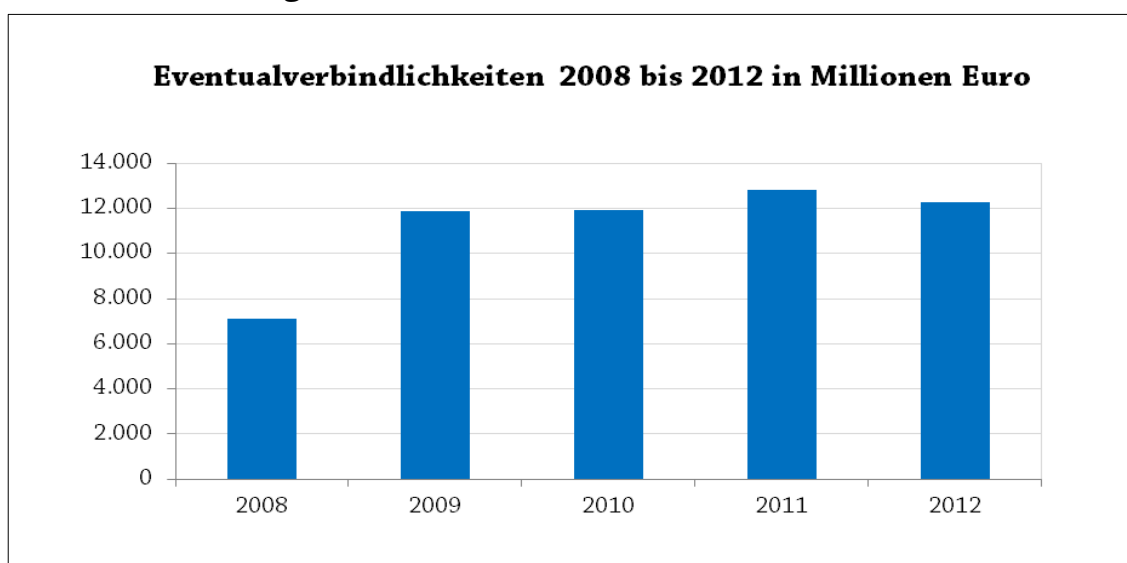
Die aushaftenden Eventualverbindlichkeiten zeigten im Zeitraum 2008 bis 2012 folgende Entwicklung:

**Tabelle 30: Eventualverbindlichkeiten 2008 bis 2012**

Eventualverbindlichkeiten 2008 bis 2012 in Millionen Euro				
2008	2009	2010	2011	2012
7.105,07	11.851,45	11.944,95	12.835,24	12.275,95

Die Entwicklung der Eventualverbindlichkeiten stellt sich grafisch wie folgt dar:

**Abbildung 21: Eventualverbindlichkeiten 2008 bis 2012**



Auffallend war der deutliche Anstieg um rund 4.346 Millionen Euro im Jahr 2009. Die Hauptgründe dafür waren:

- Für die von der NÖ Beteiligungsholding GmbH aufgenommenen Darlehen wurden rund 985 Millionen Euro als Haftung eingebucht.
- Anlässlich der Verwertung der II. Tranche der Wohnbauförderungsdarlehen wurde die daraus resultierende Garantie des Landes NÖ in Höhe von rund 1.813 Millionen Euro in den Nachweis aufgenommen.

- Die bisher irrtümlich nicht ausgewiesene Haftung für die Finanzierungsinstrumente der Verwertung der I. Tranche der Wohnbauförderungsdarlehen in Höhe von rund 2.174 Millionen Euro wurde eingebucht. Diese Haftung bestand jedoch bereits seit dem Jahre 2001.

Die Erhöhung im Jahr 2011 war im Wesentlichen auf die im Rahmen der Verwertung der III. Tranche der Wohnbauförderung zu übernehmenden Haftungen in Höhe von rund 940,74 Millionen Euro zurückzuführen. Dafür wurde eine einmalige Haftungsprämie von rund 45,5 Millionen Euro eingenommen.

Im Jahr 2012 haben sich die Eventualverbindlichkeiten um rund 559 Millionen Euro oder 4,36 Prozent verringert. Dieser Rückgang war auf die wegen der laufenden Rückflüsse verringerten Garantien für die verwerteten Wohnbauförderungsdarlehen und ein geringeres Haftungsvolumen gegenüber der Hypo NÖ zurückzuführen. Das Haftungsvolumen für die Hypo NÖ wird durch stichtagsbezogene Übergangsregelungen laufend reduziert. Neue Haftungsarten fielen nicht an.

## 8.2 Bewertete Eventualverbindlichkeiten und Haftungsobergrenze

Gemäß Österreichischem Stabilitätspakt 2011 bzw. 2012 haben die Länder rechtlich verbindliche Haftungsobergrenzen für die jeweilige Landesebene zu erlassen. Der NÖ Landtag beschloss in seiner Sitzung am 26. Jänner 2012 hierzu Folgendes:

- „Für das Land Niederösterreich wird eine, unter Berücksichtigung einer der Haftungsklasse entsprechenden Gewichtung, verbindliche Obergrenze für sämtliche Erklärungen, nach denen der Haftungsgeber bei Eintritt normierter Haftungstatbestände zur Leistung herangezogen werden kann in Höhe von 50 Prozent der Einnahmen ohne Schuldaufnahme des Voranschlags festgelegt.“
- „Für Haftungen, bei denen eine Inanspruchnahme zumindest von überwiegender Wahrscheinlichkeit angenommen wird, sind auf Basis von Einzelbewertungen Risikovorsorgen zu bilden. Die Landesregierung wird ermächtigt, durch geeignete Maßnahmen im Rahmen der Budgetvollziehung eine Risikovorsorge zu bilden. Der Haftungsnachweis des Rechnungsabschlusses des Landes Niederösterreich hat die jeweiligen Haftungsklassen anzuführen.“

Folgende Haftungsklassen und Gewichtungsfaktoren wurden festgelegt:

**Tabelle 31: Haftungsklassen und Gewichtungsfaktoren**

Haftungs- klasse	Beschreibung	Gewich- tung in %
1	Hypothekarisch besicherte Schuldverschreibungen, deren Einbringung vom Land NÖ garantiert wird	10
2	Haftungen für Verbindlichkeiten von Rechtsträgern, welche unter beherrschendem Einfluss des Landes NÖ stehen und deren laufende Einnahmen zu mehr als 50 % vom Land NÖ erwirtschaftet werden	20
3	Haftungsübernahmen für öffentliche Gebietskörperschaften	25
4	Haftungsübernahmen für Verbindlichkeiten von Rechtsträgern, welche unter beherrschendem Einfluss des Landes NÖ stehen, sowie Landesfonds	30
5	alle anderen Haftungen	100

Der Nachweis über die Haftungen im Rechnungsabschluss 2012 wurde wie folgt aufgebaut:

**Tabelle 32: Nachweis der Haftungen 2012**

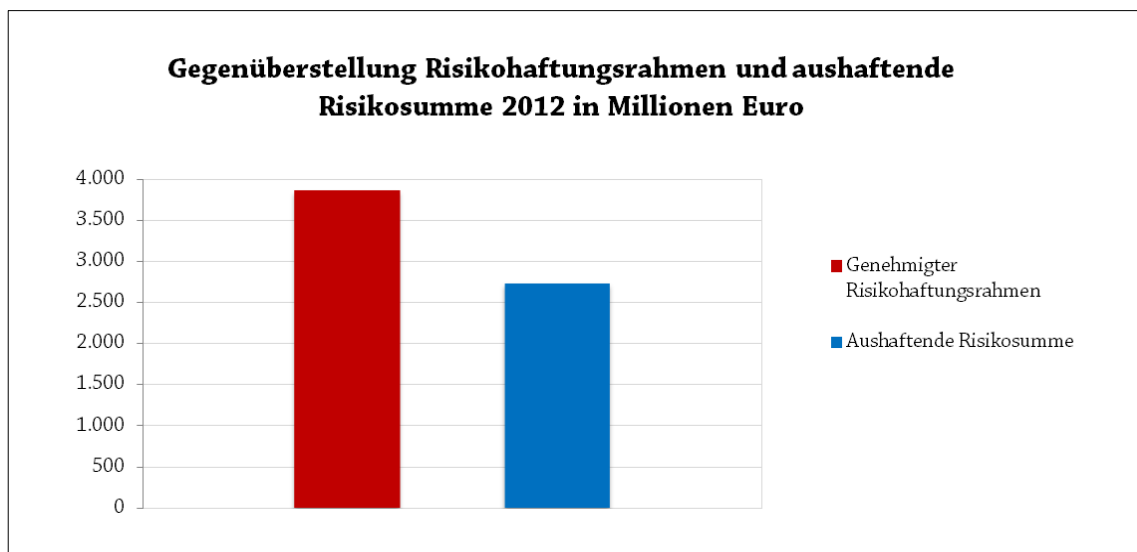
Nachweis der Haftungen 2012 in Millionen Euro				
Bezeichnung	aushaftender Betrag		aushaftende Risikosumme	
	am 01.01.2012	am 31.12.2012	am 01.01.2012	am 31.12.2012
<b>Haftungsklasse 1</b>				
Haftung für verwertete Wohnbauförderungs- darlehen	2.014,60	1.919,31	201,46	191,93
Garantien für verwertete Wohnbauförde- rungsdarlehen	2.694,35	2.624,84	269,43	262,48
<b>Summe Haftungsklasse 1</b>	<b>4.708,95</b>	<b>4.544,15</b>	<b>470,89</b>	<b>454,41</b>
<b>Haftungsklasse 2</b>				
ecoplus.Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH	0,47	0,42	0,09	0,08
NÖ Landesimmobiliengesellschaft m.b.H., Land Niederösterreich Immobilienverwal- tungsgesellschaft m.b.H.	661,27	662,71	132,26	132,54
<b>Summe Haftungsklasse 2</b>	<b>661,74</b>	<b>663,13</b>	<b>132,35</b>	<b>132,62</b>

Nachweis der Haftungen 2012 in Millionen Euro				
Bezeichnung	aushaftender Betrag		aushaftende Risikosumme	
	am 01.01.2012	am 31.12.2012	am 01.01.2012	am 31.12.2012
<b>Haftungsklasse 3</b>				
Betriebsmittelkredite für ehemalige Gemein- dekrankenanstalten	16,70	15,58	4,18	3,90
<b>Summe Haftungsklasse 3</b>	<b>16,70</b>	<b>15,58</b>	<b>4,18</b>	<b>3,90</b>
<b>Haftungsklasse 4</b>				
Hypo NOE Gruppe Bank AG, Hypo NOE Landesbank AG	5.840,36	5.448,75	1.752,11	1.634,62
NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH	978,58	981,89	293,57	294,57
Niederösterreichische Verkehrsorganisati- onsges.m.b.H. (NÖVOG)	28,06	58,21	8,42	17,46
EBG MedAustron GmbH	175,00	150,00	52,50	45,00
NÖ. Verwaltungszentrum – Verwertungsge- sellschaft m.b.H.	67,40	67,40	20,22	20,22
NÖ Wasserwirtschaftsfonds	55,34	53,99	16,60	16,20
Landwirtschaftlicher Förderungsfonds, Güterwegesonderprogramm	35,55	33,32	10,66	10,00
Landesfinanzsonderaktionen	66,54	64,08	19,96	19,22
NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds	148,21	144,85	44,47	43,46
evn wasser Gesellschaft m.b.H.	13,40	11,52	4,02	3,46
<b>Summe Haftungsklasse 4</b>	<b>7.408,44</b>	<b>7.014,01</b>	<b>2.222,53</b>	<b>2.104,21</b>
<b>Haftungsklasse 5</b>				
Besicherung von Beteiligungskapital	39,41	39,08	39,41	39,08
<b>Summe Haftungsklasse 5</b>	<b>39,41</b>	<b>39,08</b>	<b>39,41</b>	<b>39,08</b>
<b>GESAMTSUMME</b>	<b>12.835,24</b>	<b>12.275,95</b>	<b>2.869,36</b>	<b>2.734,22</b>

Auf der Grundlage des Voranschlags 2012 betrug die Haftungsobergrenze 3.862,62 Millionen Euro. Die aushaftende Risikosumme von 2.734,22 Millionen Euro lag um rund 1.128,40 Millionen Euro unter dieser Obergrenze.

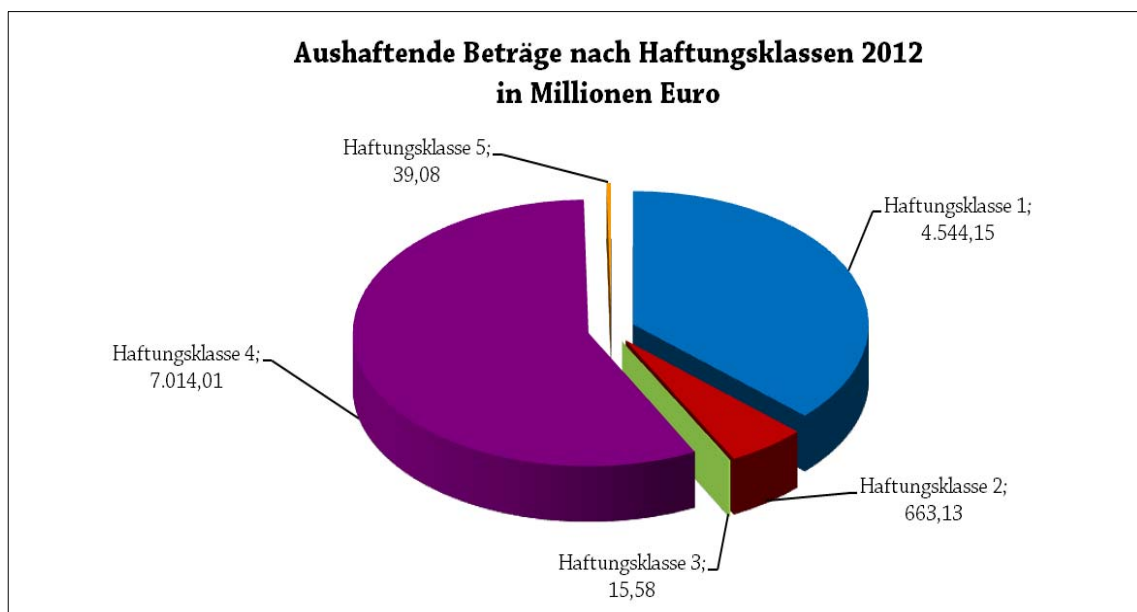
Der Vergleich des Risikohaftungsrahmens mit der aushaftenden Risikosumme stellt sich grafisch wie folgt dar:

**Abbildung 22: Gegenüberstellung Risikohaftungsrahmen und aushaftende Risikosumme 2012**



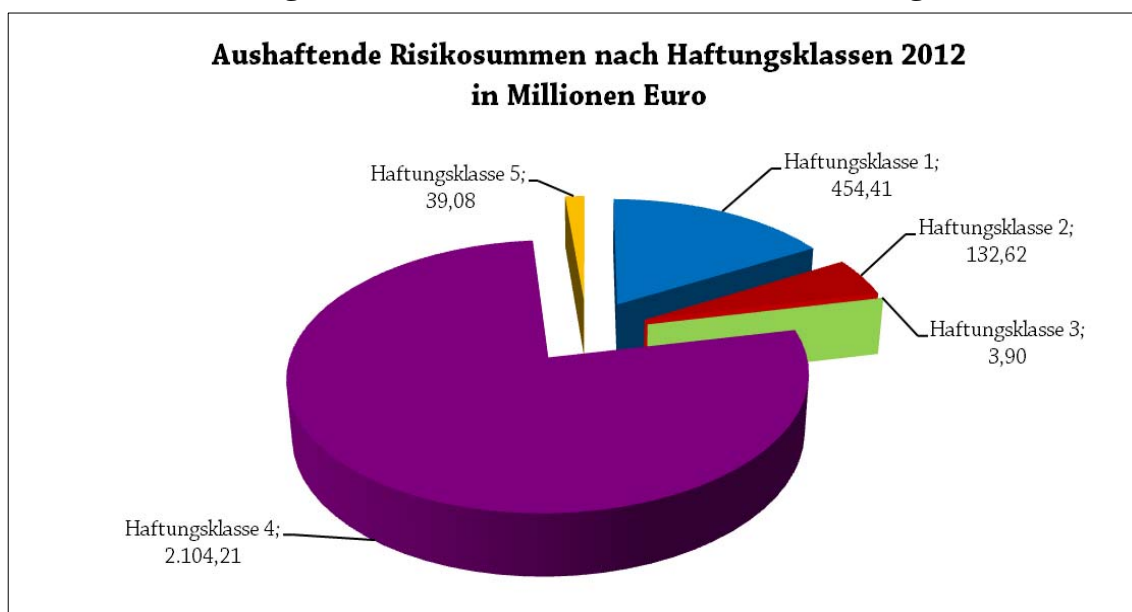
Die aushaftenden Beträge nach Haftungsklassen stellen sich grafisch wie folgt dar:

**Abbildung 23: Aushaftende Beträge nach Haftungsklassen 2012**



Die aushaftenden Risikosummen nach Haftungsklassen stellen sich grafisch wie folgt dar:

**Abbildung 24: Aushaftende Risikosumme nach Haftungsklassen 2012**



Zum 31. Dezember 2012 bestanden die Haftungen des Landes NÖ vorwiegend in den Haftungsklassen 1 und 4. Die Haftungen der höchsten Haftungsklasse 5 sind in der Abbildung 23 fast nicht erkennbar. Durch die Risikobewertung erhält die Klasse 5, wie aus der Abbildung 24 ersichtlich, mehr Gewicht.

Im Rechnungsjahr 2012 mussten vom Land NÖ laut Rechnungsabschluss Leistungen für Haftungsinanspruchnahmen in Höhe von rund 1,6 Millionen Euro übernommen werden. Diese waren ausschließlich für die in der Risikoklasse 5 eingestuften Haftungen zu leisten. Hiefür wurde, wie vom Landesrechnungshof empfohlen, die bestehende Rücklage aus zweckgebundenen Einnahmen von rund 363.000,00 Euro herangezogen. Der Rest wurde aus allgemeinen Deckungsmitteln finanziert.

Der Landesrechnungshof hatte empfohlen, im Rahmen der Budgetsteuerung darauf zu achten, dass vorrangig die laufenden Einnahmen sowie bestehende Rücklagen der zweckgebundenen Gebarung zur Bedeckung von Ausgaben herangezogen werden.

**Im Rechnungsjahr 2012 hat sich der Bestand der zweckgebundenen Rücklagen um 9,8 Millionen Euro verringert.**

Dem Aufwand für Haftungsansprüchen von rund 1,6 Millionen Euro standen im Rechnungsjahr 2012 Einnahmen aus Haftungsprovisionen von rund 5,8 Millionen Euro gegenüber.

## 9. Nachhaltigkeit

Nach der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2009 und 2010 wurde im Jahr 2011 begonnen, wesentliche Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushalts zu setzen. Diese zielten in einem hohen Ausmaß auf Sondermaßnahmen, wie die Verwertung von Umlaufvermögen (Forderungen von Wohnbauförderungsdarlehen und Genussrechtsforderungen), ab. Im Rechnungsjahr 2012 setzte sich der Konsolidierungskurs im Rahmen des NÖ Budgetprogramms 2012 bis 2015 im Wesentlichen fort, wobei die Sondermaßnahmen bereits zurückgefahren wurden.

Für nachhaltig stabile Finanzen muss jedoch die Entwicklung von Erträgen und Aufwendungen in Einklang gebracht und gehalten werden.

Maßnahmen, wie die Verwertung von Vermögen, können dabei unterstützen. Nachhaltig kann die Konsolidierung jedoch nur über das strukturelle Ergebnis erfolgen. Dabei ist nicht nur der Landeshaushalt zu beachten, sondern auch die außerbudgetären Einheiten (Fonds, Gesellschaften), die dem Land NÖ zuzurechnen sind, einzubeziehen.

St. Pölten, im Mai 2013

Die Landesrechnungshofdirektorin

Dr. Edith Goldeband



## 10. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Entwicklung Kassensaldo 2008 bis 2012 .....	5
Abbildung 2: Gebarungsvolumen 2008 bis 2012 .....	6
Abbildung 3: Entwicklung Brutto-Abgang 2010 bis 2012 .....	8
Abbildung 4: Entwicklung Netto-Abgang/Überschuss 2010 bis 2012 .....	9
Abbildung 5: Entwicklung Ausgaben 2010 bis 2012 .....	11
Abbildung 6: Entwicklung Personalausgaben 2010 bis 2012.....	12
Abbildung 7: Entwicklung Sachausgaben 2010 bis 2012 .....	14
Abbildung 8: Anteil Pflicht- und Ermessensausgaben 2010 bis 2012 .....	16
Abbildung 9: Entwicklung Einnahmen 2010 bis 2012 .....	19
Abbildung 10: Entwicklung Einnahmen mit Zweckwidmung 2010 bis 2012 .	20
Abbildung 11: Entwicklung sonstige Einnahmen 2010 bis 2012 .....	22
Abbildung 12: Vergleich Einnahmen und Ausgaben 2012 .....	26
Abbildung 13: Maastricht-Ergebnis 2010 bis 2012 .....	31
Abbildung 14: Entwicklung Maastricht-Schuldenstand 2010 bis 2012 .....	33
Abbildung 15: Bilanzsumme 2008 bis 2012.....	37
Abbildung 16: Entwicklung Aktiva 2009 bis 2012.....	39
Abbildung 17: Entwicklung Anlagevermögen 2010 bis 2012 .....	40
Abbildung 18: Entwicklung Umlaufvermögen 2010 bis 2012 .....	42
Abbildung 19: Entwicklung Passiva 2009 bis 2012 .....	46
Abbildung 20: Entwicklung Verbindlichkeiten 2009 bis 2012 .....	48
Abbildung 21: Eventualverbindlichkeiten 2008 bis 2012 .....	52
Abbildung 22: Gegenüberstellung Risikohaftungsrahmen und aushaftende Risikosumme 2012 .....	56
Abbildung 23: Aushaftende Beträge nach Haftungsklassen 2012 .....	56
Abbildung 24: Aushaftende Risikosumme nach Haftungsklassen 2012 .....	57

## 11. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Entwicklung laut NÖ Budgetprogramm 2012 bis 2015 .....	3
Tabelle 2: Kassensaldo 2008 bis 2012 .....	5
Tabelle 3: Gebarungsvolumen 2008 bis 2012 .....	6
Tabelle 4: Vergleich Rechnungsabschluss/Voranschlag 2010 bis 2012.....	7
Tabelle 5: Ergebnisentwicklung 2010 bis 2012.....	8
Tabelle 6: Vergleich Rechnungsabschluss/Voranschlag 2010 bis 2012.....	10
Tabelle 7: Entwicklung Personalausgaben 2010 bis 2012.....	12
Tabelle 8: Entwicklung Sachausgaben 2010 bis 2012.....	14
Tabelle 9: Entwicklung Pflicht- und Ermessensausgaben 2010 bis 2012.....	16
Tabelle 10: Entwicklung der Ausgaben nach Gruppen 2010 bis 2012.....	17
Tabelle 11: Vergleich Rechnungsabschluss/Voranschlag 2010 bis 2012.....	18
Tabelle 12: Entwicklung Einnahmen mit Zweckwidmung 2010 bis 2012 .....	20
Tabelle 13: Entwicklung sonstige Einnahmen 2010 bis 2012 .....	22
Tabelle 14: Entwicklung der Einnahmen nach Gruppen 2010 bis 2012 .....	24
Tabelle 15: Gegenüberstellung Ausgaben und Einnahmen 2012 .....	25
Tabelle 16: Entwicklung Rechnungsquerschnitt 2010 bis 2012.....	27
Tabelle 17: Österreichischer Stabilitätspakt 2011, Stabilitätsbeiträge .....	29
Tabelle 18: Österreichischer Stabilitätspakt 2012, Stabilitätsbeiträge .....	30
Tabelle 19: Maastricht-Ergebnis laut VRV-Rechnungsquerschnitt 2010 bis 2012 .....	31
Tabelle 20: Überleitungstabelle 2012 bis 2015.....	32
Tabelle 21: Entwicklung Maastricht-Schuldenstand 2010 bis 2012 .....	33
Tabelle 22: Entwicklung ausgewählter Kennzahlen 2010 bis 2012.....	34
Tabelle 23: Vermögensstand mit 31.12.2012 .....	36
Tabelle 24: Bilanzsumme 2008 bis 2012.....	37
Tabelle 25: Entwicklung Aktiva 2009 bis 2012.....	38
Tabelle 26: Entwicklung Anlagevermögen 2010 bis 2012.....	39

Tabelle 27: Entwicklung Umlaufvermögen 2010 bis 2012.....	41
Tabelle 28: Entwicklung Passiva 2009 bis 2012 .....	45
Tabelle 29: Entwicklung Verbindlichkeiten 2009 bis 2012.....	48
Tabelle 30: Eventualverbindlichkeiten 2008 bis 2012 .....	52
Tabelle 31: Haftungsklassen und Gewichtungsfaktoren.....	54
Tabelle 32: Nachweis der Haftungen 2012 .....	54

## 12. Glossar

### **Administratives Ergebnis (= Netto-Ergebnis)**

Das administrative Ergebnis ergibt sich aus der Differenz der Ausgaben und Einnahmen des Landeshaushalts, wobei jedoch die Aufnahmen und Tilgungen von Finanzschulden nicht berücksichtigt werden.

Übersteigen die Ausgaben die Einnahmen (ohne Aufnahme und Tilgung von Finanzschulden), so spricht man von einem administrativen Abgang (Netto-Abgang, Budgetdefizit). Übersteigen die Einnahmen die Ausgaben (ohne Aufnahme und Tilgung von Finanzschulden), so spricht man von einem administrativen Überschuss (Netto-Überschuss, Budgetüberschuss).

### **Allgemeine Deckungsmittel**

Allgemeine Deckungsmittel sind jene Einnahmen, deren Verwendungszweck nicht auf bestimmte Ausgabepositionen beschränkt ist, wie zum Beispiel Ertragsanteile, Finanzzuweisungen, usw.

### **Anlagenpiegel**

Der Anlagenpiegel weist alle Positionen und Bewegungen des Anlagevermögens aus.

### **Ausgabenbremse**

Die Ausgabenbremse regelt gemäß Österreichischem Stabilitätspakt 2012 das zulässige Ausgabenwachstum von Bund, Ländern und Gemeinden.

### **Auslaufmonatsgebarung**

Die Auslaufmonatsgebarung ist jene Gebarung, die auf Grund ihrer Fälligkeit im Jänner des Folgejahres noch in die Haushaltsrechnung des Vorjahres aufgenommen wird.

### **Barwertabzinsung**

Der Barwert ist der Wert, den zukünftige Zahlungen in der Gegenwart besitzen. Er wird durch Abzinsung der zukünftigen Zahlungen und anschließendes Summieren ermittelt.

### **Bedarfszuweisungen**

Bedarfszuweisungen sind eine Form von Finanzzuweisungen und können auf Grund des Finanzverfassungsgesetzes 1948 an die Länder und von den Ländern an Gemeinden gewährt werden. Sie dienen zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichts im Haushalt, zur Deckung außergewöhnlicher Erfordernisse oder zum Ausgleich von Härten.

**Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit**

Betrieb mit marktbestimmter Tätigkeit ist eine Organisationsform für wirtschaftliche Unternehmungen einer Gebietskörperschaft. Sie besitzen zwar keine eigene Rechtspersönlichkeit, verfügen jedoch über weitgehende wirtschaftliche und organisatorische Autonomie und sind mindestens zur Hälfte kostendeckend zu führen.

**Bilanzsumme**

Die Bilanzsumme ist jene Summe, die man erhält, wenn man entweder alle Aktiva oder alle Passiva einer Bilanz addiert.

**Brutto-Abgang (= Bruttodefizit)**

Der Bruttoabgang ergibt sich aus der Differenz zwischen den Ausgaben (einschließlich der Ausgaben für die Tilgung von Finanzschulden) und den Einnahmen (ohne Aufnahmen von Finanzschulden) eines Finanzjahres.

**Eigenkapitalquote**

Die Eigenkapitalquote gibt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital an.

**Einnahmen mit Ausgabeverpflichtung**

Einnahmen mit Ausgabeverpflichtung sind jene Einnahme, die auf Grund vertraglicher oder gesetzlicher Verpflichtungen für bestimmte Aufgaben bereitgestellt werden müssen.

**Einnahmen mit Gegenverrechnung**

Einnahmen mit Gegenverrechnung sind Einnahmen aus Vergütungen zwischen Verwaltungszweigen. Sie werden ohne geldmäßige Zahlungsflüsse im Rahmen von Umbuchungen (Überrechnungen) abgewickelt.

**Einnahmen zum Haushaltsausgleich**

Einnahmen zum Haushaltsausgleich sind Erlöse aus Kreditoperationen (Schuldaufnahmen) und Einnahmen aus nicht zweckgewidmeten Rücklagen.

**Einnahmen mit Zweckwidmung**

Einnahmen mit Zweckwidmung bestehen aus Einnahmen mit Ausgabeverpflichtung und zweckgebundenen Einnahmen.

**Ergebnis der laufenden Gebarung**

Das Ergebnis der laufenden Gebarung (Saldo 1) wird aus dem Rechnungsquerschnitt ermittelt und stellt die laufenden Einnahmen den laufenden Ausgaben gegenüber.

### **Ertragsanteile**

Ertragsanteile sind auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes nach bestimmten Aufteilungsschlüsseln (abgestufter Bevölkerungsschlüssel, Volkszahl, Finanzkraft, Finanzbedarf) zugeteilte Anteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben.

### **Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (ESVG)**

Das ESVG ist ein international vereinheitlichtes Rechnungssystem, das systematisch und detailliert eine Volkswirtschaft (Region, Land, Ländergruppe) mit ihren wesentlichen Merkmalen und den Beziehungen zu anderen Volkswirtschaften beschreibt.

### **Finanzierungssaldo (= Maastricht-Ergebnis)**

Der Finanzierungssaldo wird aus dem Rechnungsquerschnitt abgeleitet. Aus dem Jahresergebnis des Gesamthaushalts ohne Finanztransaktionen (Saldo 1 plus Saldo 2 des Rechnungsquerschnitts) werden die Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit herausgerechnet. Der daraus resultierende Finanzierungssaldo muss im Sinne eines Haushaltsausgleichs mit dem Saldo der Finanztransaktionen (Saldo 3 des Rechnungsquerschnitts) übereinstimmen.

### **Fremde Gelder**

siehe voranschlagsunwirksame (durchlaufende) Gebarung

### **Genussrechte**

Genussrechte sind eine besondere Beteiligungsform, bei dem ein Genussrechtskapital zur Verfügung gestellt wird und damit Rechte am Ergebnis einer Gesellschaft (Verzinsung) erworben werden. Das Genussrechtskapital kann auf Grund vertraglicher Bedingungen ganz oder teilweise zurückbezahlt werden. Bei einer Auflösung der Gesellschaft richtet sich die Höhe der Rückzahlung des Genussrechtskapitals nach dem wirtschaftlichen Ergebnis.

### **Haftungsobergrenzen**

Gemäß Österreichischem Stabilitätspakt 2012 sind für die Übernahme von Haftungen der Gebietskörperschaften Obergrenzen festzulegen.

**Innere Anleihe**

Mit einer „Inneren Anleihe“ erfolgt die Finanzierung von Soll-Abgängen durch „Eigenmittel“. Dabei werden Rücklagen (zum Beispiel aus der Wohnbauförderung) oder andere zweckgebundene Mittel in Form eines internen Vorschusses zur Abgangsfinanzierung verwendet. Daher muss nur der kassenwirksame Abgang durch Fremdfinanzierung gedeckt werden. Im Gegensatz zu den effektiven Finanzschulden stellen „Innere Anleihen“ eine buchhalterische Schuld dar, der noch keine unmittelbaren finanziellen Verpflichtungen gegenüberstehen. „Innere Anleihen“ sind jedoch spätestens zu dem Zeitpunkt zu tilgen, zu dem die entlehnten Mittel für den Zweck, für den sie bestimmt waren, zur Verfügung stehen müssen.

**Laufende Gebarung**

Unter laufender Gebarung werden die betriebswirtschaftlich erfolgswirksamen Einnahmen und Ausgaben ausgewiesen.

**LKF-Abrechnung**

Die LKF-Abrechnung basiert auf der „Leistungsorientierten Krankenanstalten Finanzierung“.

**Maastricht-Ergebnis**

siehe Finanzierungssaldo

**Maastricht-Schuldenstand**

Der Maastricht-Schuldenstand stellt die Finanzschulden des Landes abzüglich jener für Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit dar.

**Marktbestimmte Betriebe**

siehe Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit

**Netto-Ergebnis**

siehe administratives Ergebnis

**Nicht fällige Verwaltungsforderungen**

Nicht fällige Verwaltungsforderungen sind in einem engen sachlichen Bezug zur laufenden Haushaltsführung stehenden Forderungen, die jedoch am Ende des Finanzjahres noch nicht fällig sind.

**Nicht fällige Verwaltungsschulden**

Nicht fällige Verwaltungsschulden sind in einem engen sachlichen Bezug zur laufenden Haushaltsführung stehenden Verpflichtungen, die jedoch am Ende des Finanzjahres noch nicht fällig sind. Künftige Verpflichtungen etwa aus Ratenzahlungen (zum Beispiel Forderungseinlösungen) oder Leasingverpflichtungen werden als nicht fällige Verwaltungsschulden ausgewiesen.

### **Rechnungsquerschnitt**

Der Rechnungsquerschnitt ist dem Begriffssystem des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) nachgebildet und soll ökonomische Analysen erleichtern. Er gibt Auskunft über die so genannte „Maastricht-Wirksamkeit“ der Gebarung und über den Finanzierungssaldo („Maastricht-Ergebnis“).

### **Rechnungsabgrenzung (aktiv/passiv)**

Die Rechnungsabgrenzung dient einer periodengerechten Darstellung der Gebarung. Aufwendungen bzw. Erträge werden der Periode zugerechnet, in der sie verursacht werden.

### **Rendez-vous-Klausel**

Die Rendez-vous-Klausel ist eine Bestimmung im Österreichischen Stabilitätspakt, dass bei Änderungen von EU-rechtlichen Vorgaben Verhandlungen zu dessen Anpassung aufzunehmen sind.

### **Schuldenbremse**

Die Schuldenbremse legt gemäß Österreichischem Stabilitätspakt 2012 den jeweils zulässigen strukturellen Saldo fest.

### **Schuldenquotenanpassung**

Die Schuldenquotenanpassung regelt gemäß dem Österreichischen Stabilitätspakt 2012 die Rückführung des jeweiligen öffentlichen Schuldenstands.

### **Trägeranteile für die NÖ Landeskliniken**

Die Trägeranteile sind jene Anteile die in den Haushalt des Landes NÖ als Träger der NÖ Landeskliniken im Rahmen des Trägeranteils 2 (Über- bzw. Unterdeckung) sowie eines etwaigen Trägeranteils 4 (Abgang der Krankenpflegeschulen) einfließen.

### **Überrechnungen**

Überrechnungen sind Umbuchungen innerhalb des Haushalts ohne geldmäßige Zahlungsflüsse.

### **Verläge**

Verläge sind Geldmittel, die nachgeordneten Dienststellen zur Erfüllung ihrer Aufgaben gegen spätere Abrechnung zur Verfügung stehen.

### **Vermögensgebarung**

In der Vermögensgebarung werden die betriebswirtschaftlich vermögenswirksamen Einnahmen und Ausgaben ausgewiesen.



### **Voranschlagsunwirksame (durchlaufende) Gebarung**

Unter der voranschlagsunwirksamen (durchlaufenden) Gebarung versteht man Einnahmen (Fremde Gelder), die nicht endgültig für die Gebietskörperschaft angenommen werden, und Ausgaben (Vorschüsse), die nicht in Erfüllung der Aufgaben der Gebietskörperschaft, sondern auf Rechnung eines Dritten vollzogen werden. Die voranschlagsunwirksame (durchlaufende) Gebarung bringt zum Ausdruck, dass diese Gebarung den Haushalt des Landes nicht betrifft, sondern nur die Kassenwirtschaft berührt.

### **Vorschüsse**

siehe voranschlagsunwirksame (durchlaufende) Gebarung

### **Wertberichtigungen zum Eigenkapital**

Wertberichtigungen zum Eigenkapital sind im Rechnungswesen Korrekturposten zur Darstellung des tatsächlichen Eigenkapitals zum Bilanzstichtag.

### **Zweckgebundene Einnahmen**

Zweckgebundene Einnahmen sind alle Einnahmen mit Zweckwidmung, die nicht zu den Einnahmen mit Ausgabeverpflichtung zählen.